

Rechenschaftsbericht des Vorstands 2014-2015

- Bericht über Aktivitäten im Zeitraum September 2014 bis August 2015
- Finanzbericht 1.1.-31.12.2014
- Vorschau auf 2016

Impressum

Herausgeber:

Germanwatch e.V.

Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus

Kaiserstr. 201

D-53113 Bonn

Telefon +49 (0)228 / 60 492-0, Fax -19

Büro Berlin

Stresemannstr. 72

D-10963 Berlin

Telefon +49 (0)30 / 28 88 356-0, Fax -1

Internet: www.germanwatch.org

E-Mail: info@germanwatch.org

Stand: 12. November 2015

Bestellnr.: 15-9-01

Diese Publikation kann im Internet abgerufen werden unter:

www.germanwatch.org/de/11203

Inhalt

A	Neue politische Rahmenbedingungen in Rückschau und Ausblick.....	4
B	Die Basis unserer Arbeit	7
C	Unsere Arbeit	9
	Klimapolitik	9
	Internationale Klimapolitik.....	10
	Ziel eins: Ein ehrgeiziges, wirksames und gut eingebettetes globales Klima-Abkommen 2015 erreichen	10
	Ziel zwei: Den Interessen der Verletzlichen in der internationalen Klimaarchitektur zur Durchsetzung verhelfen.....	13
	Ziel drei: Deutschland zum Motor für ehrgeizige und konstruktive internationale Klimapolitik machen	14
	Ziel vier: Mit zivilgesellschaftlicher Begleitung internationale Vorreiter und Allianzen in Klimaschutz und -anpassung unterstützen	15
	Deutsche und EU-Klimapolitik.....	19
	Ziel eins: Die EU-Klima- und Energiepolitik aus ihrer Krise führen.....	19
	Ziel zwei: Deutschland als Energiewende- und Verkehrswendeland glaubwürdig machen	20
	Unternehmensverantwortung.....	25
	Ziel eins: Durch einen ambitionierten nationalen Aktionsplan die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte konsequent umsetzen	25
	Ziel zwei: Durch Offenlegungspflichten Transparenz über soziale und ökologische Auswirkungen von Unternehmen schaffen.....	26
	Ziel drei: Gerichtliche und außergerichtliche Beschwerdemöglichkeiten für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen verbessern	26
	Ziel vier: Intelligenten Mix aus freiwilligen Ansätzen und verbindlichen Rahmensetzungen für faire & nachhaltige Standards in IT-Lieferketten verankern	27
	Ziel fünf: Stärkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke zu Unternehmensverantwortung	29
	Welternährung, Landnutzung und Handel.....	31
	Ziel eins: Die deutsche und europäische Agrarpolitik nachhaltig gestalten	31
	Ziel zwei: Grundlegende Reformen in der Tierhaltung anstoßen	31
	Ziel drei: Ernährungssicherheit und Klimaschutz als zentrale Problemfelder hervorheben	31
	Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)	33
	Ziel eins: BNE hin zu einer großen Transformation mitgestalten und durchführen	33
	Ziel zwei: BNE weiterentwickeln und strukturell verankern	35
	Entwicklungsfinanzierung.....	38
	Pressearbeit.....	39
	Öffentlichkeitsarbeit.....	41
D	Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen	43
E	Finanzbericht – Kalenderjahr 2014	45

A Neue politische Rahmenbedingungen in Rückschau und Ausblick

Das letzte Jahrzehnt war von einer Vielzahl von Krisen angefüllt. Energiepreiskrise, Ernährungskrise, bislang ungesehene Wetterkatastrophen, Finanzkrise, wirtschaftliche und soziale Krise vor allem im Süden Europas und Eurokrise. Seit Wochen dominiert nun die Flüchtlingskrise die Nachrichten. Wir als Germanwatch sind hellwach und prüfen regelmäßig, wie wir diese Herausforderungen im Rahmen unserer Arbeit angemessen berücksichtigen können.

Derzeit prüfen wir etwa, ob wir einige Flüchtlinge als lebensweltliche Experten für zentrale Fluchtursachen – Kriege um fossile Energieträger, Wetterextreme oder lang anhaltende Dürren, fehlende Umsetzung des Rechtes auf Nahrung oder Wasser, Menschenrechtsverletzungen im Zuge des Landgrabbing oder Bergbaus – intensiver an unserer Arbeit beteiligen können. So hoffen wir, auf der von uns beeinflussbaren Ebene zeigen zu können, dass es Situationen gibt, in denen Chancen für Flüchtlinge, für die aufnehmende Region und für das Heimatland kombiniert werden können.

Vielleicht ist es auch dieser Kombination von Krisen zu verdanken, dass die Regierungen dieser Welt sich nach mehrjähriger Vorarbeit und einem umfassenden Beteiligungsprozess – auch von Zivilgesellschaft – zu dem erfolgreichen Versuch aufrafften, einen neuen Gesamtrahmen für nachhaltige Entwicklung, für Umwelt und Entwicklung weltweit zu installieren. Sollte die UN damit wieder an Bedeutung gewinnen? Für die Zeit bis 2030 haben sich die Regierungen in New York ohne Widerspruch auf universelle Umwelt- und Entwicklungsziele verständigt – auf nachhaltige Entwicklungsziele (engl. Sustainable Development Goals, SDG). Die Grenzen des Planeten und die Menschenrechte – einschließlich der Rechte auf Nahrung, Wasser und Gesundheit – wurden als Messlatte für Entwicklung etabliert. Bis 2030 soll extreme Armut auf unserem Planeten der Vergangenheit angehören.

Die neuen SDG sind nicht einfach ein Neuaufguss der Millenniumsentwicklungsziele. Qualitativ neu gegenüber den zur Jahrtausendwende für das Zieljahr 2015 vereinbarten „Millennium Development Goals“ ist zweierlei. Erstens geht es nicht mehr nur um Entwicklungsziele. Sondern um gemeinsame Ziele, die die Grenzen des Planeten berücksichtigen sollen. Entwicklungs- und Umweltziele. Und zweitens gelten die neuen Ziele nicht mehr alleine für die „Länder des Südens“, sondern für alle Staaten der Welt – womit diese alle zu Entwicklungsländern werden.

Anspruchsvolle Ankündigungen gab es viele in New York. Es gehe um die Transformation der Welt. Menschenrechte, Grenzen des Planeten, Wohlstand, Frieden und Partnerschaft seien die fünf Leitsterne dafür. Ab jetzt gehe es um die Umsetzung. Ein „Weiter wie bisher“ sei keine Option.

Germanwatch hat sich auf der Grundlage von internen Abstimmungen an vielen Debatten von der Entwicklung der SDG bis zu ihrer Verabschiedung beteiligt.¹ Und wir haben mit Anderen auch schon erste Impulse setzen können, wie es nun mit der Umsetzung der SDG in Deutschland und in der EU weitergeht.

Wesentliche Baustellen waren hier beispielsweise:

- Die kritische Begleitung der Zukunftscharta des BMZ (die sich der SDG-Debatte verpflichtet sieht)
- Die Mitwirkung im Dialogforum Post-2015 von BMUB und BMZ

¹ Klaus Milke als Vorsitzender hat hier mit seiner Assistentin Susan Weide eine besonders aktive Rolle gespielt.

- Die Mitarbeit im 2014 begründeten deutschen Sustainable Development Solution Network (SDSN Germany) und in dessen Lenkungsausschuss.

Denn wie wichtig sind den Regierungen die verabschiedeten 17 Haupt- sowie 169 Unterziele tatsächlich? Wie wird der Umsetzungsprozess strukturell verankert? Wie relevant werden die Ziele gegenüber den vermeintlich harten Themen sein? Gegen das geplante Freihandelsabkommen TTIP? Angesichts der Flüchtlingskrise? Oder wenn es um Waffenexporte geht? Eine ernsthafte Umsetzung der SDGs wird es nur geben, wenn es gelingt, sie mit solchen Themen zu verknüpfen. Die Erfahrung des Rio-Gipfels von 1992, als hinter der Fassade großer Ankündigungen einer ungezügelter Globalisierung Tür und Tor geöffnet wurde, sollte hier Warnung genug sein.

International sollen im März 2016 Indikatoren verabschiedet werden, um die Umsetzung der SDG zu überprüfen. Regeln zur Berichterstattung und Accountability werden noch verhandelt. Für Deutschland liegt die Umsetzung – das hat auch das Kanzleramt hervorgehoben – auf drei Ebenen:

- **SDG in** Deutschland (Armut, soziale Verwerfungen, Inklusion, Klima- und Ressourcenschutz, Kreislaufwirtschaft, neue Konsum- und Produktionsmuster). Hier geht es u.a. um eine Weiterentwicklung, ja um eine Neuauflage der Nachhaltigkeitsstrategie 2016.
- **SDG mit** Deutschland (welche Lösungen hat Deutschland der Welt zu bieten, z.B. die Energiewende; aber auch: wie können die negativen Auswirkungen deutschen Handelns – ob als Deutschland oder als EU – in der Welt zurückgefahren werden?)
- **SDG durch** Deutschland (wie unterstützt Deutschland andere Länder bei der dortigen Umsetzung der SDG).

In den Jahren nach unserer Gründung 1991 hat Germanwatch als Provokation bisweilen den Begriff „Entwicklungsland Deutschland“ benutzt. Durch die Annahme der SDG am 25.9.2015 beim Gipfel in New York sind plötzlich auch alle Industriestaaten zu Entwicklungsländer geworden – um soziale und ökologische Fehlentwicklungen abzustellen. (Dass man in Deutschland nach dem VW-Skandal und den Vermutungen über ein gekauftes Fußball-Sommermärchen 2006 intensiver als gewünscht über den Eindruck eines Entwicklungslandes Deutschland nachdenken muss, steht auf einem anderen Blatt.) Die EU sollte eine eigene Nachhaltigkeitsstrategie auf den Weg bringen – bisher gibt es die nicht –, und es sollte nicht nur in allen Mitgliedsstaaten, sondern auch auf Kommissionsebene eine Umsetzungsstrategie geben.

Einige der Nachhaltigkeitsziele und ihre Umsetzung sind für die künftige Germanwatch-Arbeit zentral:

- Unsere beiden Klimateams werden sich um die Umsetzung des in Paris noch zu beschließenden Klimaziels kümmern, in Deutschland und international.
- Unser Team Unternehmensverantwortung wird mit eigenen Vorschlägen darauf drängen, das Ziel, durch ein nachhaltiges Ressourcenmanagement einen Beitrag für eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten, ambitioniert umzusetzen. Die Entwicklung des **Nationalen Aktionsplans zu den UN Guiding Principles on Business and Human Rights** soll eng mit der Umsetzung der SDG in Deutschland verknüpft werden.
- Das Team Welthandel und Ernährung wird sich kritisch mit der fehlenden Kohärenz zwischen industrieller Tierhaltung und exportorientierter Milcherzeugung sowie den übergeordneten Zielen der Hungerbekämpfung und des Klimaschutzes auseinandersetzen.
- Das Bildungsteam wird die Themen so aufbereiten, dass sie in der Bildungsarbeit nutzbar sind. Es spielt über das das **Bündnis ZukunftsBildung** zudem eine aktive Rolle bei der nationalen Umsetzung des **Weltaktionsprogramms für Bildung für nachhaltige Entwicklung**.

Eins ist sicher, die Arbeit wird uns auch im kommenden Jahr nicht ausgehen. Wir hoffen, gemeinsam mit Bündnispartnern die Konsequenzen in Deutschland und international durch eine exportorientierte industrialisierte Tierhaltung massiver als bisher auf die politische Tagesordnung zu setzen. Wir werden gemeinsam mit MISEREOR einen zweiten Bericht zu „Unternehmen und Menschenrechten“ veröffentlichen. Passend dazu hoffen wir eine Rolle bei der nun anstehenden Debatte über den Rahmen eines Kohleausstiegs in Deutschland spielen zu können. Im internationalen Klimateam haben wir nicht nur Klagevorhaben, wie das des Bergführers und -bauern Saúl Luciano Lliuya vor Augen. Dieses soll große Verursacher des Klimawandels wie RWE in die Verantwortung zu nehmen und zu weniger schädlichen Geschäftsmodellen zu bewegen, politische Lösungen herbeizuführen für den Schutz der vom Klimawandel besonders betroffenen Menschen – national und international – sowie neue juristische Möglichkeiten für Betroffene zu schaffen, als Hebel für politische Lösungen. Wir hoffen auch einigen Ländern Anstöße geben zu können, eine Vorreiterallianz von Staaten für den massiven Ausbau von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz auf den Weg zu bringen. Im Bildungsbereich möchten wir verstärkt mit Migranten und Flüchtlingen kooperieren.

Wir hoffen, dass auch Ihre solidarische Unterstützung uns dabei im nächsten Jahr weiter beflügeln wird.

Wichtige Ergänzung nach Redaktionsschluss:

Auf die erschütternden Ereignisse in Beirut am 12.11. und Paris am 13.11. sowie die daraus resultierenden Konsequenzen können wir wegen des Redaktionsschlusses am 12.11. und Drucklegung am 16.11. leider nicht eingehen, doch Sie können sich sicher ein, dass wir uns an der aktuellen Debatte beteiligen werden. Die fürchterlichen Attentate werden ganz sicher Ansporn für uns sein, Kooperation und Transformation als Antwort der Staatengemeinschaft auf die internationale Krisenkaskade zu propagieren, nicht Hass und Zerstörung.

B Die Basis unserer Arbeit

Germanwatch wird von vielen Menschen unterstützt, die dabei unterschiedliche Verantwortung übernehmen. Zusammen mit Mitgliedern und Förderern, haupt- und ehrenamtlichen MitarbeiterInnen konnte sich Germanwatch konstruktiv in die nationale und internationale Umwelt- und Entwicklungspolitik einbringen. Diese Basis unserer Arbeit möchten wir im Folgenden kurz darstellen. Die finanziellen Grundlagen einschließlich Spenden, Mitgliedsbeiträgen und Zuschüssen werden im Finanzbericht (Kapitel E) gesondert vorgestellt.

Unsere Mitglieder und SpenderInnen

Zu Germanwatch gehören aktuell 632 Mitglieder, darunter 348 stimmberechtigte Mitglieder, 275 Fördermitglieder und 9 Ehrenmitglieder (Stand 05.08.2015).

Tabelle: Mitgliederentwicklung seit 2009

2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015
494	535	560	575	603	600	632

Neben den Mitgliedern gibt es einen noch größeren Kreis von Menschen, die Germanwatch auf anderen Wegen unterstützen: mit großen und kleinen Spenden, mit Zustiftungen (siehe unten) und durch aktive Mitarbeit. Allen UnterstützerInnen bieten wir einen besonderen Einblick in unsere Arbeit und Themen mit dem in diesem Jahr deutlich weiterentwickelten Mitgliederrundbrief, der jetzt EINBLICK heißt, sowie dem E-Mail-Newsletter „Germanwatch-Kurznachrichten“ (Bestellmöglichkeit und weitere Infos siehe Kasten „Service“).

Die Einnahmen aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen konnten auch 2014 wieder zu einem neuen Höchststand geführt werden (siehe Finanzbericht).

Stiftung und Zustiftung

Wer unsere Arbeit mit größeren finanziellen Beträgen fördern möchte, die ihre Wirkung über einen längeren Zeitraum entfalten, kann dies auch über eine Zustiftung an die Stiftung Zukunftsfähigkeit oder die im Dezember 2014 neu gegründete Germanwatch-Stiftung erreichen. Weitere Informationen hierzu erhalten Sie auf Seite 44, unter www.stiftungzukunft.de oder auf Anfrage bei Maria Rudolph, rudolph@stiftungzukunft.de, Tel. 030 / 2888 356-97.

Im Berichtszeitraum hat die Stiftung Zukunftsfähigkeit eine strategisch besonders wirkungsvolle Unterstützung von Germanwatch über eine Programmförderung in Höhe von 10.000 Euro sowie projektbezogene Zuwendungen in Höhe von 48.213,07 € geleistet.

MitarbeiterInnen und Vorstand

Aktiver Kern der Arbeit von Germanwatch sind der ehrenamtliche Vorstand sowie die MitarbeiterInnen der beiden Büros in Bonn und Berlin (siehe dazu die folgenden Kapitel). Die Mitglieder des Vorstands tagen im Abstand von rund zwei Monaten und bringen sich auch darüber hinaus in ihrem jeweiligen Kompetenz- und Erfahrungsbereich intensiv in die Arbeit von Germanwatch ein, soweit es ihre jeweiligen zeitlichen Ressourcen zulassen. Der Vorstandsvorsitzende nimmt dabei in besonderer Weise hochrangige Lobby- und Repräsentations- sowie Vernetzungsaufgaben wahr. Darüber hinaus leisten ehrenamtliche MitarbeiterInnen, PraktikantInnen und Honorarkräfte einen wichtigen Beitrag zum Erfolg der Arbeit von Germanwatch. In Klausurtagungen von Vorstand und Mitarbeitenden finden wichtige Abstimmungen über die Zukunftsorientierung statt, wozu sowohl politisch-inhaltliche Strategien als auch die Organisationsentwicklung zählen.

Germanwatch-Vorstand

	Klaus Milke Vorstandsvorsitzender		Anne-Kathrin Kirchhof Stellvertretende Vorstandsvorsitzende		Michael Windfuhr Schatzmeister
	Sven Harmeling Vorstandsmitglied		Prof. Dr. Carlo Jäger Vorstandsmitglied		Anne Koch Vorstandsmitglied
	Dr. Stefanie Ricarda Roos Vorstandsmitglied		Tilman Santarius Vorstandsmitglied		Dr. Klemens van de Sand Vorstandsmitglied
	Susan Weide Assistentin des Vor- standsvorsitzenden (bis 07/2015)				

Geschäftsführung

	Christoph Bals Politischer Geschäfts- führer		Dr. Gerold Kier Administrativer Ge- schäftsführer	
	Vera Künzel Assistentin der Politi- schen Geschäftsführung		Judit Mays Assistentin der Admini- strativen Geschäftsfüh- rung	

C Unsere Arbeit

Die inhaltliche Tätigkeit von Germanwatch gliedert sich in fünf Felder, die wir mit entsprechenden Teams bearbeiten: 1. Deutsche und EU-Klimapolitik, 2. Internationale Klimapolitik, 3. Unternehmensverantwortung, 4. Welternährung, Landnutzung und Handel, 5. Bildung für nachhaltige Entwicklung.

Dabei haben wir übergreifend globale umwelt- und entwicklungspolitische Zielsetzungen für eine nachhaltige Strukturpolitik im Blick. Globale Gerechtigkeit und der Erhalt der Lebensgrundlagen nehmen in allen unseren Themenbereichen eine zentrale Stellung ein.

Klimapolitik

Germanwatch setzt sich dafür ein, dass ein hochgefährlicher Klimawandel so weit wie möglich abgewehrt werden kann. Zur Bewältigung der nicht mehr vermeidbaren negativen Folgen des Klimawandels müssen die betroffenen Menschen und Länder zudem unterstützt werden.

Wir orientieren die Arbeit unserer beiden Klimateams dabei am Dreiklang „Handeln, Verhandeln, Allianzen“.

„Handeln“ steht im Zentrum des Teams *Deutsche und EU-Klimapolitik*. Es setzt sich vor allem dafür ein, dass Deutschland und die EU international möglichst glaubwürdig als Dekarbonisierungsvorreiter auftreten können. Dafür brauchen beide ambitionierte Politiken zum Niedrig-Emissions-Umbau ihrer Wirtschaft und dazu passende Lebensstile. Nur wenn Deutschlands Energiewende im Ausland als ambitioniert und erfolgreich registriert wird, kann sie positiv auf andere Länder wirken. Das Team arbeitet dafür eng zusammen mit zivilgesellschaftlichen Partnern aus Deutschland und den Nachbarländern, insbesondere aus Brüssel. Zugleich arbeitet es konsequent an Allianzen sowohl mit progressiven Unternehmen als auch mit Gewerkschaften.

„Verhandeln“ und „Allianzen“ stehen im Zentrum der Arbeit des Germanwatch-Teams für *Internationale Klimapolitik*. Es arbeitet dabei im Schnittpunkt von internationalen Prozessen, Rahmensetzungen, Institutionen und Vorreiterallianzen bzw. innovativen Kooperationen, die alle auch wichtig sind, um Bezugspunkte für nationale Klimaambition zu setzen. Einer guten Zusammenarbeit mit zivilgesellschaftlichen Organisationen, insbesondere aus besonders vom Klimawandel betroffenen Entwicklungsländern, kommt dabei für uns große Bedeutung zu. Beide Teams orientieren ihre Arbeit an einer fokussierten Auswahl strategischer Ziele (vgl. Strategiegrafiken auf den folgenden Seiten).

Eine wichtige Schnittstelle unserer nationalen und internationalen Klimaschutzarbeit ist der jährlich veröffentlichte Klimaschutz-Index. Er vergleicht die Klimapolitik der 58 Staaten, die weltweit am meisten Treibhausgase ausstoßen. Der Index wird im Team Deutsche und EU-Klimapolitik erstellt. Er ist ein wichtiges Instrument, um die Klimapolitik von Deutschland mit der anderer Staaten zu vergleichen und so Druck für ehrgeizigere Maßnahmen zu erzeugen. Gleichzeitig wird er international vielfältig genutzt und genauso wie der Klima-Risiko-Index jedes Jahr unter großer medialer Beachtung der nationalen und internationalen Presse beim Weltklimagipfel der Öffentlichkeit vorgestellt. Ein ähnliches Projekt im Berichtszeitraum war die Studie zu Anzeichen einer Trendwende in der internationalen Klimapolitik, die rund um den G7-Gipfel und die internationalen Verhandlungen von beiden Teams genutzt wurde. Anzeichen für positive Trends bei den globalen Emissionen, bei der Entwicklung der Erneuerbaren Energien sowie Gegenwind für die Kohle in wichtigen Ländern machen Mut, dass der Klimagipfel in Paris einen Wendepunkt markieren könnte.

Internationale Klimapolitik

Ziel eins: Ein ehrgeiziges, wirksames und gut eingebettetes globales Klima-Abkommen 2015 erreichen

UN-Klimaverhandlungen begleiten & beeinflussen

Die UNO ist das einzige Forum, in dem die besonders verletzlichen Staaten eine Stimme haben und in dem Völkerrecht entwickelt werden kann – Germanwatch legt daher seit über 20 Jahren beim Verfolgen der internationalen Klimapolitik einen besonderen Schwerpunkt auf die UN-Klimaverhandlungen. Das aktuelle Nahziel ist dabei der Klimagipfel (COP21) in Paris im Dezember 2015, bei dem ein neues globales Abkommen beschlossen werden soll, das ab 2020 den internationalen Klimaschutz neu organisiert. Die Aufgabe von Paris ist nicht, mit einem Schlag die Welt zu retten – das Klimaheil wird auch dort nicht vom Himmel fallen. Aber der Gipfel kann Katalysator für deutlich mehr Dynamik im internationalen Klimaschutz sein: Wendepunkt, um den Ausstieg aus Kohle, Öl – und dann auch Gas – voranzubringen. Er kann neue Formen der Kooperation mit Entwicklungsländern für mehr Klimaschutz, für mehr Anpassung und für die Bewältigung von Schäden etablieren.

Germanwatch arbeitet dazu eng vernetzt, insbesondere im Climate Action Network International (CAN), dem mittlerweile über 900 Nichtregierungsorganisationen (NGOs) weltweit angehören, sowie dem Climate Briefing Service – einer wirkmächtigen Vernetzungsplattform in der internationalen Klimadiplomatie. Mit NGOs in einigen Ländern – z.B. Indien – sowie relevanten Regierungsakteuren führt Germanwatch intensive NGO-Dialoge, um Lösungen für umstrittene Themen in den Klimaverhandlungen zu erarbeiten. Im Zeitraum des Rechenschaftsberichts konnten einige wichtige Akzente gesetzt werden: in der Lobbyarbeit, als Ideenschmiede und in der Informations- und Öffentlichkeitsarbeit.



Vor dem Klimagipfel von Lima (Dezember 2014): Germanwatch-Team erkundet ein von städtischer Entwicklung und vom Klimawandel bedrohtes Küstenökosystem in Peru. Foto: Germanwatch

So war Germanwatch durch den Vorsitzenden Klaus Milke beim „Climate Summit“ des UN-Generalsekretärs vertreten – mit deutlicher Medienpräsenz. Beim UNFCCC-Klimagipfel in Lima hat Germanwatch sichtbar einige Ergebnisse der Konferenz beeinflusst. Durch vorherige Fachgespräche, Hintergrundgespräche mit Journalisten sowie Bewertungsdokumente wurde die Reichweite in die deutsche Öffentlichkeit erhöht. Der Klimaschutz-Index und der Klima-Risiko-Index, die beide in ihrer Ausgabe 2015 in Lima vorgestellt wurden, wurden weltweit und hochrangig wahrgenommen. Zu einigen der positiven Ergebnisse der Konferenz – z.B. der im Vorfeld gelaufenen Mobilisierung von 10 Mrd. USD für den Green Climate Fund – hatte Germanwatch z.B. bei der Organisation des deutschen Beitrags durch Lobbyarbeit bei den Haushaltsverhandlungen im Bundestag positiv beigetragen. Auch bei technischen Verhandlungen zu Themen wie Klimafinanzzugang in Afrika, Rolle der Klimafinanzierung vor 2020 oder Transparenz der Klimafinanzierungsarchitektur hat Germanwatch durch Eingaben direkten Einfluss auf die Konferenzergebnisse gehabt. Geholfen hat dabei die kontinuierliche Begleitung der Zwischenverhandlungen sowie die Unterstützungsarbeit für konstruktive Entwicklungsländervertreter beim Standing Committee for Climate Finance, das die Klimafinanzdebatten für die Klimagipfel vorbereitet. Bei den Verhandlungen zum neuen Klimaabkommen war das Ziel in 2014 und 2015, zu klären, wie die wichtigen Elemente ambitioniert und dennoch für die wichtigen Ländergruppen akzeptabel im Entwurfstext verankert werden können. Nun kommt es auf dem Weg nach Paris zur Ausverhandlung dieser Optionen. Der politische Druck ist groß, aber die Verhandlungen sind schleppend. Noch ist unklar, ob es in Paris zu einem Abkommen kommt, und wenn ja, wie ambitioniert es sein wird. Eine entscheidende Frage ist, wie durch Paris schrittweise mehr Ambition sichergestellt werden kann, so dass die Tür aufgestoßen wird in Richtung 2°- oder gar 1,5°-Limit.

Schrittweise mehr Ambition: Klimawissenschaft & Klimagerechtigkeit als Hebel nutzen

Neue Erkenntnisse der Klimawissenschaft waren bisher regelmäßig Treiber für Fortschritte bei den UN-Klimaverhandlungen – dies wird auch für den Klimagipfel in Paris erwartet. Der Weltklimarat IPCC als weltweit höchste wissenschaftliche Autorität in Klimafragen verabschiedete im Oktober 2014 in Kopenhagen den Synthesebericht zum Fünften Sachstandsbericht (AR5) als Schlussstrich seines Fünften Zyklus, was Germanwatch vor Ort begleitete und für den deutschen Sprachraum aufbereitet hat. Der AR5 zeigt den deutlichen Fortschritt der Wissenschaft: Die Wissenschaft ist sich sicherer denn je, dass der Mensch das Klima ändert, die Folgen der Klimaänderung gravierend sind und es nicht die Welt kostet, die globale Erwärmung auf zwei Grad zu begrenzen.

In der Klimarahmenkonvention (UNFCCC) wurden die neuesten Ergebnisse der Klimawissenschaft, vor allem die Ergebnisse von AR5, über den zweijährigen, bis Februar 2015 laufenden Structured Expert Dialogue (SED) aufgearbeitet. Die Hauptbotschaft: Das 2-Grad-Limit ist keine Leitplanke für sicheren Klimawandel, sondern diese Grenze stellt lediglich eine Verteidigungslinie dar, unter der die Menschheit angesichts der extremen Klimarisiken soweit wie möglich bleiben sollte. Die Arbeiten des SED wurden von Germanwatch in einer Arbeitsgruppe von CAN koordiniert, und Germanwatch trug durch zahlreiche Beiträge in der Konferenzzeitung ECO dazu bei, dass die warnende Stimme der Wissenschaft in den UN-Klimaverhandlungen besser vernommen wird. Eine wichtige von Germanwatch herausgearbeitete Forderung aus dem SED für den nächsten IPCC-Bericht sind Szenarien für eine Begrenzung der Erwärmung auf 1,5 Grad, die nicht in Konflikt mit den Menschenrechten geraten.

Paris wird nur dann zum langfristigen Erfolg, wenn das Klimaregime von den beteiligten Akteuren als fair betrachtet wird. Dabei sind drei Dimensionen der Gerechtigkeit zu beachten: das Teilen von Anstrengung, Risiken und Chancen. Konkret geht es dabei erstens um die Frage einer fairen Aufteilung der Anstrengungen, um unter zwei Grad Erwärmung zu bleiben. Zweitens geht es um die Frage, wie die Minderung der Risiken der jetzt nicht mehr vermeidbaren Klimaänderungen zwi-

schen denen, die sie hauptsächlich verursacht haben, und denen, die sie hauptsächlich tragen, verteilt wird. Die dritte Dimension orientiert sich an der Frage, wie die „schöpferische Zerstörung“² – der weltweit mit massiven Innovationen und Investitionen einhergehende Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas und der parallele Einstieg in Erneuerbare Energien sowie Energieeffizienz – so gestaltet werden kann, dass die, die von der bisherigen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung weitgehend ausgeschlossen waren, nun davon profitieren. Objektive Kriterien für alle drei Dimensionen gibt es nicht, zu unterschiedlich sind die Situationen der Länder wie auch die ethischen Ansätze. Dennoch sieht man, dass die verschiedenen Abschätzungen der Fairness nur eine gewisse Bandbreite an Interpretationen zulassen. Alle Staaten sollten zumindest im Rahmen dieser Bandbreite ihren Anteil leisten. Als Leitspruch gilt: „Keine Ambition ohne Gerechtigkeit – keine Gerechtigkeit ohne Ambition“. Germanwatch unterstützt dabei – u.a. in den Diskussionen der von uns mitkoordinierten CAN-Arbeitsgruppe in Vorbereitung auf den Klimagipfel in Paris:

- die ausreichende Umsetzung von Gerechtigkeitsprinzipien in einer dynamischen Differenzierung zwischen den Ländern mit mehr oder weniger Verantwortung und Kapazitäten im Pariser Klimaabkommen für globale Akzeptanz dieses neuen Klimavertrags;
- die Gerechtigkeitsüberprüfung der INDCs (selbsternannte Emissionsreduktionsverpflichtungen der Staaten) in einem offiziellen Prozess innerhalb des UNFCCC-Prozesses oder sonst zumindest durch die Zivilgesellschaft außerhalb des Prozesses; (nach Einschätzung von Germanwatch wäre es allerdings kontraproduktiv, wenn hier nur die Dimension der Teilung von Anstrengungen berücksichtigt wurde, weil dies erfahrungsgemäß nicht zur notwendigen Dynamik führt);
- die Gestaltung eines Ambitionsmechanismus – wobei die drei Dimensionen der Gerechtigkeit berücksichtigt werden sollten;
- die gerechte Relation zwischen nationaler Emissionsreduktion in Ländern mit hoher Verantwortung und Kapazität und deren v.a. finanzieller Unterstützung von Klimaschutz- und Anpassungsmaßnahmen in Entwicklungsländern. Wichtig ist, dass hier ambitionierte Umsetzungspläne und verlässliche Finanzierungsleistungen eine Aufwärtsspirale in Gang setzen: Ambition treibt Finanzierung, Finanzierung treibt Ambition.

In regelmäßigen Begleitveranstaltungen („Side Events“), zahlreichen bilateralen Gesprächen mit Vertretern einzelner Länder und der peruanischen und französischen COP-Präsidentschaft, Positionspapieren und ECO-Artikeln werden diese Ziele kommuniziert und mit Akteuren aus allen Erdteilen weiterentwickelt.

Weitere UN-Prozesse im Gipfeljahr 2015 für das Klimathema nutzen

Der Klimagipfel im Dezember ist nur der Abschluss einer Reihe wichtiger UN-Gipfel. Ein besonders wichtiger war die 69. UN-Generalversammlung, auf der die Verhandlungen für die Post-2015-Agenda zu nachhaltiger Entwicklung und ihrer Ziele (SDGs) ihren erfolgreichen Abschluss erreichten. Zusammen mit anderen NGO-Akteuren hat Germanwatch vor allem versucht, die Verbindung von Klimawandel und Entwicklung in den Ergebnissen der SDGs zu stärken. Zentrale Messlatten sind einerseits die Grenzen des Planeten, andererseits die Menschenrechte – wie das Recht auf Nahrung oder Wasser. Ein weiterer bedeutsamer Gipfel fand im März 2015 in Sendai statt, wo im Bereich der internationalen Vorsorge vor Naturkatastrophen das Sendai-Rahmenwerk beschlossen wurde. Germanwatch war hier vor Ort, um die Bedeutung des Klimawandels als Mittel der Katastrophenvorsorge herauszustellen. Germanwatch hat aktiv – auch im Rahmen der Munich Climate Insurance Initiative (MCII) – die Verzahnung von Katastrophenvorsorge und Anpassungsaktivitäten sowie den Aufbau von öffentlich-privaten Klimaversicherungen mit starkem Armutsbezug unterstützt. Ferner hat Germanwatch die für die Neuaufstellung der Finanzierung für Entwick-

² eine auf den Ökonomen Joseph A. Schumpeter zurückgehende Begrifflichkeit

lung zentralen Ergebnisse der Konferenz von Addis Abeba deutschlandweit durch Medienarbeit gestärkt.

Ziel zwei: Den Interessen der Verletzlichsten in der internationalen Klimaarchitektur zur Durchsetzung verhelfen

Projektumsetzung im Anpassungsfonds verbessern

Der von den Unterzeichnerstaaten des Kyoto-Protokolls eingerichtete Anpassungsfonds (AF) ist seit nunmehr fünf Jahren aktiv und unterstützt Entwicklungsländer in ihren Anpassungsmaßnahmen. Er priorisiert dabei besonders verletzte Bevölkerungsgruppen. Gleichzeitig bietet er innovative Zugangsmodalitäten durch die Möglichkeit, Maßnahmen über nationale (und nicht nur internationale) Institutionen abzuwickeln. Germanwatch unterstützt den Ansatz, da er die Eigenverantwortung der Länder fördert und auf andere Klimafinanzierungsinstitutionen ausstrahlt.

Um diesen Prozess innerhalb einzelner Länder zu stärken, hat Germanwatch das Anpassungsfonds-NGO-Netzwerk aufgebaut. Dieses besteht mittlerweile aus knapp 100 NGOs und 10 finanziell unterstützten Partnern (Jamaika, Honduras, Kambodscha, Kenia, Tansania, Senegal, Südafrika, Benin, Ruanda und Jordanien). Durch verschiedene Aktivitäten auf Länderebene versuchen unsere Partner, den Belangen der besonders verletzlichen Gruppen Gehör zu verschaffen, insbesondere gegenüber den Implementierungsinstitutionen (oft Regierungs- oder regierungsnahen Einrichtungen). Darüber hinaus geben unsere Partner dem Steuerungsgremium des AF durch regelmäßige Dialoge immer wieder Impulse, wie die Umsetzung vor Ort, sei es in der Vorbereitungs- oder in der Implementierungsphase, verbessert werden kann. So wurden z.B. auf Intervention von Germanwatch Projektdokumentationen veröffentlicht, um Zahlungsströme nachvollziehen zu können.

Green Climate Fund: Die Stimme der Verletzlichsten verankern

Der Green Climate Fund (GCF), der als wichtigster Baustein der internationalen Klimafinanzarchitektur fungieren soll, hat in den vergangenen zwölf Monaten erhebliche Fortschritte gemacht. Bereits Ende 2014 wurde der Fonds auf einer internationalen Geberkonferenz in Berlin und der anschließenden UN-Klimakonferenz in Lima mit insgesamt knapp über 10 Milliarden US-Dollar ausgestattet. Auf den ersten beiden Treffen des GCF-Direktoriums im Jahr 2015 wurden die notwendigen Weichen gestellt, damit der Fonds auf seiner letzten Sitzung des Jahres im November 2015 die ersten Projekte und Programme zur Förderung von Maßnahmen zur Emissionsminderung und Anpassung an die Folgen des Klimawandels in Entwicklungsländern bewilligen kann. Dies wäre im Vorfeld des entscheidenden Klimagipfels in Paris ein wichtiges politisches Signal. Germanwatch war im Rahmen des Climate Finance Advisory Service mit seinen Partnern aus Deutschland, Nepal und Indonesien auf allen Sitzungen des GCF-Direktoriums vertreten und hat durch umfassende technische Unterstützung von EntwicklungsländervertreterInnen zum Erfolg der Treffen beigetragen. Hierzu wurden z.B. Lösungsvorschläge für besonders kritische Entscheidungen erarbeitet, die jeweiligen Hintergrunddokumente der Sitzungen analysiert und darauf aufbauende Empfehlungen formuliert.

Internationale Klimafolgenpolitik verbessern

Im Rahmen des UNFCCC-Prozesses wurden in den letzten Jahren Fortschritte bei der Etablierung von Gremien und Arbeitsgruppen erreicht, die wichtige Themen voranbringen, um Folgen des Klimawandels insbesondere für Entwicklungsländer abzumildern. Ein Beispiel ist das Anpassungskomitee, welches auf internationaler Ebene Vorgaben für die Anpassungspolitik entwickelt und Entscheidungen für die Klimakonferenz vorbereitet. Germanwatch hat es hier durch Tischvorlagen

und Hintergrundpapiere gerade VertreterInnen von verletzlichen Ländern ermöglicht, die Sitzungen intensiv zu verfolgen. Ein zweites Beispiel ist der Warschau-Mechanismus, der Themen, die in Bezug auf klimawandelbedingte Schäden und Verluste stehen, diskutieren und entscheiden soll. Hier hat sich Germanwatch für einen ambitionierten Arbeitsplan, der alle Elemente von Auswirkungen des Klimawandels auf betroffene Gruppen, klimabedingter Migration bis zur finanziellen Unterstützung von Entwicklungsländern umschließt, eingesetzt.

Ziel drei: Deutschland zum Motor für ehrgeizige und konstruktive internationale Klimapolitik machen

Im Gipfeljahr: mit internationalen Debatten nationalen Klimafortschritt erreichen

Nationale und internationale Klimapolitik stehen in einem Wechselverhältnis. Ernsthafte Klimapolitik in einigen wichtigen Ländern ist Voraussetzung für erfolgreiche internationale Verhandlungen. Gleichzeitig können von den internationalen Prozessen wichtige Impulse für bessere nationale Klimapolitik ausgehen – insbesondere in einem Jahr voller internationaler Gipfel wie 2015.

Mit unserer Informationsarbeit für Entscheidungsträger, Journalisten und die Fachöffentlichkeit in Deutschland (durch Fachgespräche, Veranstaltungen mit Parlamentariern, Pressemitteilungen, Briefingpapiere, Blogs) erklärt Germanwatch den internationalen Verhandlungsstand und zeigt auf, in welchen Bereichen eine ambitionierte deutsche oder EU-Positionierung einen Unterschied machen könnte. Wir werben für ehrgeizigere deutsche und europäische Klimaziele, stärkere Unterstützung für Anpassung und den Umgang mit klimabedingten Schäden und Verlusten, verlässliche Klimafinanzierung und Bündnisse mit den Verletzlichsten und mit Klimavorreitern. Auch in unserer Lobbyarbeit bei Parlamentariern, Ministerien und der deutschen Verhandlungsdelegation setzen wir uns dafür ein. Der internationale Prozess hilft dabei, immer wieder konstruktiven Druck auf nationale Klimapolitik zu entfachen. Bezüge waren z.B. die Forderung an Kanzlerin Merkel, ihr Fehlen beim Climate Summit des UN-Generalsekretärs durch eine starke Klimaagenda der G7 und ein Klimaaktionsprogramm wieder gutzumachen; das Klimaaktionsprogramm, damit Deutschland sein Ziel einer Reduktion der Emissionen um 40% bis 2020 erreicht, während des Klimagipfels 2014 einzufordern; und auch die nationale Lobbyauseinandersetzung zur Umsetzung des Klimaaktionsprogramms - insbesondere in Richtung weniger Kohle und mehr Energieeffizienz - durch den G7-Gipfel mehr in Richtung Klimaschutz zu bewegen.

Um die Qualität der deutschen Klimafinanzierung durch erhöhte Transparenz zu verbessern, betreibt Germanwatch außerdem zusammen mit Brot für die Welt, Oxfam und Heinrich-Böll-Stiftung die Website www.deutscheklimafinanzierung.de. Hier konnten wir im Berichtszeitraum einige Erfolge positiv kommentieren – die Zusage von 10 Mrd. US-Dollar für den Grünen Klimafonds, die Unterstützung für den Anpassungsfonds und die angekündigte Verdopplung der öffentlichen deutschen Klimafinanzierung bis 2020. Andererseits zeigt die Website auch die Schwächen und Informationslücken auf und wird kritisch beobachten, inwiefern den Ankündigungen auch Taten folgen.

Verstärkt beschäftigen wir uns auch mit der Frage, wie Klimawandel und Energiewende in der internationalen Politik aller deutschen Ministerien eine wichtigere Rolle spielen könnte. Zur deutschen Klimaaußenpolitik und Energiewendeaußenpolitik haben wir Analysen erarbeitet, die im Frühjahr 2016 veröffentlicht werden. Wir haben immer wieder darauf hingewiesen, dass dem Energiewendeland Deutschland eine besondere Verantwortung zukommt, seine Erfahrungen aktiv mit wichtigen Akteuren anderer Länder zu teilen. Inzwischen hat die Bundesregierung hier, wenn auch

noch viel zu vorsichtig, reagiert und beispielsweise im Auswärtigen Amt einen leitenden Diplomatentposten für die Kommunikation der Energiewende geschaffen.

G7-Gipfel: Dekarbonisierung auf die internationale Agenda setzen, Klimaversicherungsinitiative, 2°-Investitionskriterien, Erneuerbare Energien für Afrika

Eine besonders relevante Möglichkeit zur Verknüpfung nationaler und internationaler Debatten bot der G7-Gipfel unter deutscher Präsidentschaft. Mit intensiver Lobby-, Presse- und Öffentlichkeitsarbeit haben wir die Gipfelvorbereitung begleitet und die Ergebnisse kommentiert. Damit haben wir mit dazu beigetragen, dass das Klimathema in der Berichterstattung das prominenteste war. Die Beschlüsse, insbesondere das Bekenntnis zur Dekarbonisierung im Laufe des Jahrhunderts, das nach Germanwatch-Verständnis den Ausstieg aus Kohle, Öl und Gas bedeutet, sind ein gewaltiger Fortschritt. (Formal bleibt da zwar Raum für CO₂-Abscheidung und -Speicherung, aber schon aus Kostengründen halten wir eine große Rolle dieser umstrittenen Technik für unwahrscheinlich.) Wir haben in der Kommentierung aber auch klargemacht, dass diese globale Vision schon heute in nationalen Entscheidungen umgesetzt werden muss, und damit – wenn auch bisher mit begrenztem Erfolg – dazu beigetragen, dass sich der Druck auf die Kanzlerin beim Thema Kohlenutzung in Deutschland deutlich erhöht hat.

Beim G7-Gipfel wurden auch mehrere Initiativen ins Leben gerufen, deren Gestaltung wir beeinflusst haben und weiter begleiten werden. Einerseits haben die G7 eine Klimaversicherungsinitiative für verletzte Entwicklungsländer gegründet. Hier war Germanwatch über seine Mitgliedschaft in der Munich Climate Insurance Initiative in beratender Funktion eng am Thema. Ziel des Engagements ist es, den Bezug und die Wirkung der Initiative auf besonders verletzte Bevölkerungsgruppen zu intensivieren. Nach der Ankündigung der Initiative wird Germanwatch nun konstruktiv-kritisch die Implementierung begleiten. Andererseits wurde eine wichtige G7-Initiative zur Förderung der Erneuerbaren Energien in Afrika angekündigt. Gemeinsam mit unseren afrikanischen Partnern erarbeitet Germanwatch Empfehlungen zur Ausgestaltung dieser Initiative, damit besonders solche Projekte gefördert werden, die auch der örtlichen Bevölkerung nutzen und eine ambitionierte Energiewende in Afrika vorantreiben können. Zudem war Germanwatch Teil eines Forschungskonsortiums, das im Auftrag der deutschen G7-Präsidentschaft Kriterien untersucht, mit denen Entwicklungsbanken ihre Investitionen an der 2-Grad-Obergrenze ausrichten können. Der Zwischenbericht wurde zum G7-Gipfel veröffentlicht, der Endbericht folgt im Oktober 2015. Auch hier wird es sicher Rückwirkungen von der internationalen auf die nationale Ebene geben, etwa was die Investitionen der bundeseigenen KfW betrifft.

Ziel vier: Mit zivilgesellschaftlicher Begleitung internationale Vorreiter und Allianzen in Klimaschutz und -anpassung unterstützen

Vorreiterallianzen im Klimaschutz voranbringen

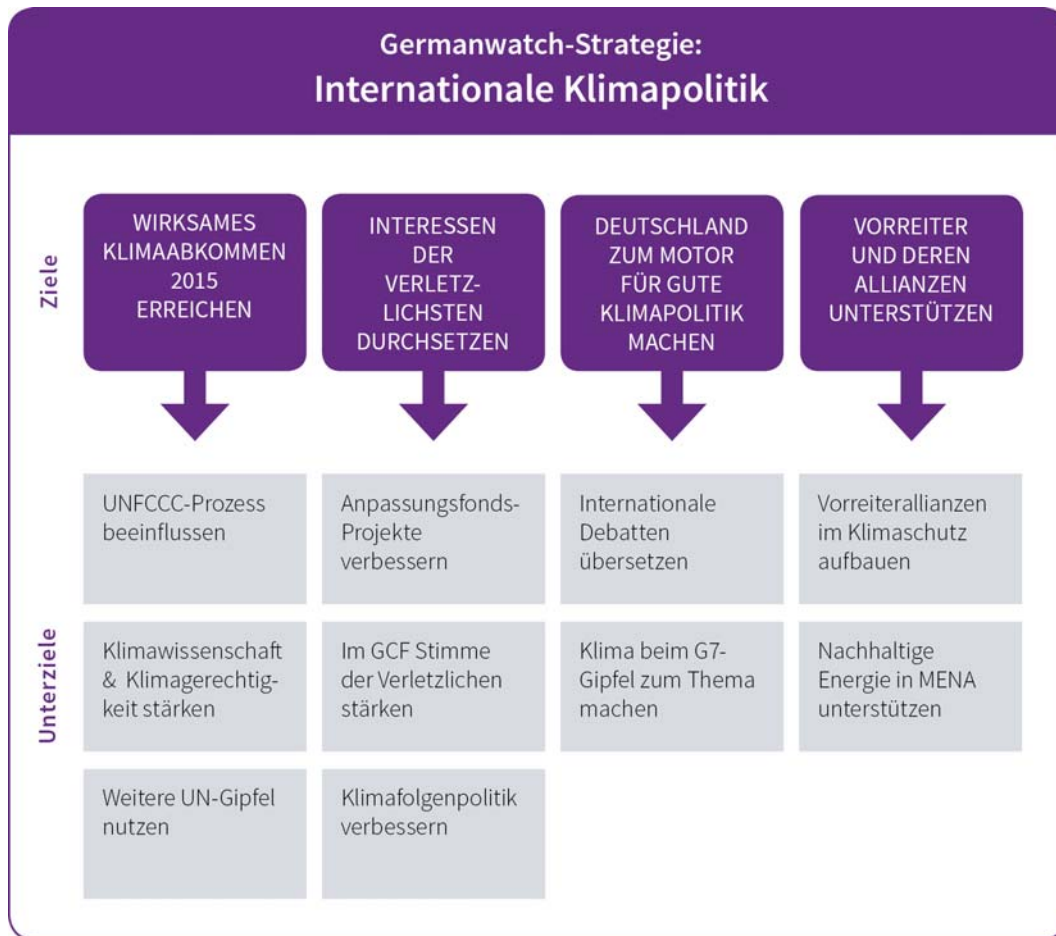
Germanwatch setzt für Fortschritte in der Klimapolitik neben dem ambitionierten Handeln auf nationaler Ebene und dem Verhandeln im UN-Kontext auf Voreiterallianzen, die ambitionierte Staaten zusammenbringen sollen. Die Allianzen sollen es den Vorreitern durch geeignete Anreize ermöglichen, noch ambitionierter zu werden, und es gleichzeitig für weitere Staaten attraktiv machen, selbst zu Vorreitern zu werden. Hier arbeiten wir eng mit Partnern wie dem World Resources Institute, dem Wuppertal Institut und dem Deutschen Institut für Entwicklungspolitik zusammen und speisen Vorschläge und Ideen über Lobby- und Hintergrundgespräche in den politischen

Prozess ein. In den UN-Klimaverhandlungen setzt sich Germanwatch in der CAN-Arbeitsgruppe zu Emissionsminderung besonders dafür ein, dass solche Initiativen bereits vor 2020 anerkannt und gefördert werden und dann im neuen Klimaabkommen nach 2020 ein Weg gefunden wird, sie mit dem UNFCCC-Regime zu verknüpfen. Mit dem Abschluss eines Paris-Abkommens würde sich ein Zeitfenster öffnen, um eine solche internationale Vorreitergruppe voranzubringen.

Die Art der urbanen Entwicklung im 21. Jahrhundert entscheidet maßgeblich darüber mit, ob global das 2°-Temperaturlimit gehalten werden kann. Bei der zivilgesellschaftlichen Begleitung internationaler Vorreiter ist Germanwatch deswegen auch seit Ende 2014 im Bereich der Städte aktiv. Insbesondere konzentriert sich unsere Arbeit auf die Identifizierung und Verbreitung von Wissen zur Finanzierung urbaner Transformation hin zu einer emissionsarmen und resilienten, d.h. für die Herausforderungen der Klimawandel-Auswirkungen gewappneten städtischen Entwicklung. Konkret leistet Germanwatch, in enger Zusammenarbeit mit lokalen zivilgesellschaftlichen Partnern, gezielte Beratungsarbeit für städtische Entscheidungsträger. Beispielhaft für die besonderen Herausforderungen von stark wachsenden Mittelstädten arbeiten wir in Kupang (Indonesien), Gurgaon und Puri (Indien) sowie Cagayan de Oro (Philippinen). Erkenntnisse aus dem Projekt sollen in die internationale Debatte einfließen.

Stärkung von klima- und menschenrechtsverträglichen Energiestrategien in der MENA-Region

Als Region, die am Scheideweg seiner energiepolitischen Entwicklung steht, bieten sich in vielen Ländern Nordafrikas und des Nahen Ostens (Middle East and Northern Africa, MENA) besonders relevante Beispiele, um die Vorteile einer frühzeitigen Transformation des Energiesektors hin zu einer kohlenstoffarmen Entwicklung („low carbon development“) zu verdeutlichen. Durch zahlreiche Aktivitäten hat Germanwatch auch in diesem Berichtsjahr einen wesentlichen Beitrag dazu geleistet, dass insbesondere in Marokko bei der Umsetzung seiner ambitionierten Klima- und Energiepolitik auch entwicklungspolitische Themen mit adressiert werden. Vier Aktionsfelder sind hierbei für das Jahr 2015 hervorzuheben. Erstens hat eine empirische Sozialverträglichkeitsstudie, die Germanwatch gemeinsam mit dem Wuppertal Institut am Beispiel des Solarkraftwerks Noor I in Südmarokko durchgeführt hat, dazu beigetragen, dass bei der weiteren Ausgestaltung des marokkanischen Solarplans die Entwicklungsbedürfnisse der lokalen Bevölkerung und die politische Teilhabe an der Projektgestaltung zukünftig stärker berücksichtigt werden. Zweitens wurde mit unserer Unterstützung ein Dialogprozess zwischen Zivilgesellschaft und Umweltministerium in Marokko angestoßen, der darauf abzielt, bei den Vorbereitungen für die 21. UN-Klimakonferenz in Paris und die 2016 folgende 22. Verhandlungsrunde in Marrakesch auch zivilgesellschaftlichen Vertretern eine Stimme zu geben. Drittens hat Germanwatch im Herbst 2015 in Jordanien das zivilgesellschaftliche Netzwerk für Klimaschutz und Entwicklung in der MENA-Region (CAN ARAB WORLD) mitgegründet, welches sich für eine ambitioniertere Klima- und Energiepolitik in der arabischen Welt einsetzen wird. Das von Germanwatch mitinitiierte und unter der Führung des Internationalen Konversionszentrums Bonn (BICC) bis 2018 durchgeführte Projekt MENA SELECT – welches verschiedene Strompfade im Kontext einer nachhaltigen Entwicklung für Marokko, Jordanien und Ägypten entwickelt – rundete viertens unsere Aktivitäten in der MENA-Region ab.



Ausblick

Bis Jahresende wird die Vorbereitung und Begleitung des Klimagipfels in Paris im Mittelpunkt der Arbeit des Teams Internationale Klimapolitik stehen. Noch sind wir hoffnungsvoll, dass es dort gelingen wird, ein Abkommen mit Verpflichtungen für alle Staaten zu vereinbaren. Aber die Größe des politischen Drucks und die Zähigkeit der Verhandlungen stehen in einem eigentümlichen Missverhältnis. Klar ist auch: Die vorliegenden Klimaziele der Staaten reichen nicht aus, um den Klimawandel auf ein beherrschbares Maß (2 oder gar 1,5°C) zu begrenzen. Es kommt daher entscheidend auf die Ausgestaltung des Pariser Abkommens an: Wird es Mechanismen enthalten, mit denen die Klimaziele alle fünf Jahre – beginnend 2018/19 – überprüft und verschärft werden können? Wird es die internationale Kooperation u.a. finanziell stärken, damit Staaten mehr tun als bislang auf nationaler Ebene möglich erscheint? Und wird ausreichend Unterstützung für die Verletzlichen organisiert, die mit den Folgen des Klimawandels konfrontiert sind? Hierfür wird sich Germanwatch in seiner Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit stark machen.

Der Pariser Gipfel ist nur eine Etappe – wenn auch eine entscheidende – auf dem langen Weg hin zu einer angemessenen globalen Antwort auf den Klimawandel. Germanwatch wird deswegen – zumindest wenn es in Paris zu einem akzeptablen Ergebnis kommt – weiterhin die internationalen Verhandlungen und die verschiedenen Gremien der internationalen Klimaarchitektur begleiten. In 2016 würde es dann um die Umsetzung und weitere Konkretisierung der Pariser Beschlüsse gehen. Die Verbindungen zu nationalen Debatten sind dabei ein wichtiger Aspekt, schließlich müssen sowohl die in Paris eingegangenen Verpflichtungen und bereits gemachte Zusagen (etwa zur Verdopplung der Klimafinanzierung bis 2020) realisiert als auch die nächste Nachbesserung der Ziele organisiert sowie die SDGs umgesetzt werden.

Neben dem UN-Klimaregime können auch weitere internationale Formate hilfreich sein, um Fortschritte beim Klimaschutz zu machen. Wir werden uns dabei besonders den G20 zuwenden, die 2016 unter chinesischer und 2017 höchstwahrscheinlich unter deutscher Präsidentschaft tagen werden. Zusätzlich wird die Frage von Vorreiterallianzen an Bedeutung gewinnen. In Paris werden Minimalziele festgehalten werden, auf die sich alle Regierungen einigen können. Um Schwung in den internationalen Klimaschutz zu bekommen, muss dies ergänzt werden durch Bündnisse derjenigen Akteure, die bereit sind schneller voranzuschreiten. Germanwatch wird Kriterien formulieren, wie eine solche Vorreiterinitiative wirkungsvoll gestaltet werden kann. Außerdem werden wir mit Analysen und gezielter Lobbyarbeit für wirklich ehrgeizige Allianzen werben.

MitarbeiterInnen

	Sönke Kreft Teamleiter		Lutz Weischer Teamleiter		David Eckstein Referent für Klimafinanzierung und Investitionen
	Lisa Junghans Referentin für Klimawandel, Anpassung & urbane Transformation		Alpha Kaloga Referent für Klimaanpassung und Entwicklung	Jens Klawitter Referent für Internationale Energiepolitik	
	Laura Schäfer Referentin für Klimarisikomanagement		Boris Schinke Referent für Energie und Entwicklung		Rixa Schwarz Referentin für Klima und Sicherheit
	Inga Melchior Freiwilliges Ökologisches Jahr 2015/16		Inga Wolff Freiwilliges Ökologisches Jahr 2014/15		

Mit Unterstützung von: **Dr. Will Frank, Lina Li, Dirk Rommeney, Dr. Manfred Treber, Dr. Winfried Zacher**

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: **Lin Bautze, Linda Beyschlag, Arne Brandschwede, Barbara Burkel, Anna Eilmes, Katharina Fischer, Ursula Hagen, Marisa Heenen, Maren Kapp-Schwoerer, Candice Kerestan, Laura Niessen, Robert Sakofski, Eugene Tingwey**

Verantwortlich seitens des Vorstands: **Sven Harmeling**

Deutsche und EU-Klimapolitik

Ziel eins: Die EU-Klima- und Energiepolitik aus ihrer Krise führen

Während die beiden größten Treibhausgasemittenten China und USA 2014 und 2015 endlich anfangen, für den Kampf gegen den menschengemachten Klimawandel mit überraschend ambitionierten – wenn auch noch nicht ausreichenden – Ankündigungen reale Verantwortung zu übernehmen, kam die Dekarbonisierungspolitik der EU gleichzeitig nur in Trippelschritten, aber immerhin etwas voran. Klimapolitisch ängstliche und skeptische Länder wie Polen schafften es, eine weltweite Klimavorreiterrolle der EU weiter auszubremsen. Doch die noch 2013 völlig festgefahrene Klimaambition der EU hat nun immerhin wieder etwas Fahrt aufgenommen, auch durch den Rückenwind von Elmau (G7-Gipfel) und Paris (UNFCCC-Klimagipfel).

Zu verdanken ist das vor allem den Regierungen in Paris und Berlin. Das französisch-deutsche Tandem, das als Motor für das vereinte Europa immer wieder so zentral war, macht sich nun daran, auch die gemeinsame europäische Klimapolitik voranzubringen. Anlass für das neue französische Engagement war die Ausrichtung des Klimagipfels Ende 2015 in Paris. Auslöser in Deutschland war das Ausscheiden der FDP aus der Bundesregierung, was Klimaskeptikern und dem ewig gestrigen Teil der Industrielobby die zuvor weit offenen Einflusskanäle ins Wirtschaftsministerium merklich verengte. Auch die intensive Arbeit von Germanwatch – oft gemeinsam mit den anderen NGOs von Transform (Brot für die Welt, BUND, Greenpeace, MISEREOR, WWF) oder mit der Klima-Allianz – spielte eine Rolle dafür, dass die neue Bundesregierung mit deutlich größerer Klimaambition als ihre Vorgängerin startete und die neue Linie gegenüber den anderen EU-Ländern vertrat. So warb Germanwatch während der Koalitionsverhandlungen im Austausch mit diversen Parteistrategen für entsprechende konstruktive Formulierungen im Koalitionsvertrag.

Die wichtigste klimapolitische EU-Entscheidung wurde die Einigung des EU-Gipfels auf die Klima- und Energieziele für 2030 am 24.10.2014: „mindestens 40%“ Treibhausgasreduzierung, „mindestens 27%“ Anteil der erneuerbaren Energien am Energiegesamtmix und „mindestens 30%“ mehr Energieeffizienz, jeweils gemessen am Niveau von 1990. Diese Ziele sind weniger als das, was die EU als fairen Anteil global übernehmen müsste, und sind auch gemessen am ökonomisch möglichen und vernünftigen Potential äußerst niedrig. Doch intensive Germanwatch-Lobbyarbeit – häufig im Zusammenspiel mit unseren Partnerorganisationen in Deutschland und Brüssel – konnte schlussendlich immerhin dazu beitragen, noch niedrigere Ziele zu verhindern. Durch das „mindestens“ bleibt eine Nachjustierung der Ziele möglich. Germanwatch wird sich darum nach dem Pariser Klimagipfel für eine Überprüfung der unambitionierten 2030-Ziele stark machen – und diese Nachbesserung sollte noch vor 2020 erfolgen.

Wichtigstes Problem in den Verhandlungen zwischen den ambitionierteren und den Bremserländern in der EU ist dabei die zwischen den östlichen und westlichen EU-Ländern extrem unterschiedliche Wahrnehmung der (auch zukünftigen) Kosten und Chancen von Erneuerbaren Energien und Energieeffizienz. Germanwatch wirbt seit Jahren gegenüber Politik und Medien dafür, dass Bundesregierung, Europäische Kommission und andere Organisationen hier mit einer europäischen Dialogkampagne aktiv werden. Aufbauend auf unseren umfangreichen Kontakten nach Mittelosteuropa wird sich Germanwatch in den nächsten Jahren nun selbst verstärkt damit beschäftigen, dass die enorme Ost-West-Ungleichzeitigkeit der Debatte schneller abgebaut wird.

Zweiter wichtiger klimapolitischer EU-Trippelschritt war der Start in die Emissionshandelsreform. Am 24.10.2014 einigten sich die EU-Regierungschefs auf die Marktstabilitätsreserve (MSR) als nach dem Backloading zweiten Schritt hin zu einer umfassenden Reparatur des Emissionshandels. Ab 2019 soll der enorme Überschuss an Verschmutzungserlaubnisscheinen nach und nach in die MSR

überführt werden, um sie bei Knappheit allerdings auch wieder zu entlassen. Germanwatch hat sich in Stellungnahmen und Lobbygesprächen vehement für eine ambitionierte MSR eingesetzt. Damit ist jetzt zumindest ein sichtbares Zeichen gesetzt, dass die EU ihren Emissionshandel wieder ernster nimmt und die Zertifikatspreise langfristig steigen werden. Germanwatch wird sich in den kommenden Jahren darum kümmern, dass die Reform den Emissionshandel ab 2020 auch real wieder zu dem ambitionierten Orientierungsrahmen macht, den Investoren brauchen, um risikoarm langfristig und massiv in die Null-Emissions-Wirtschaft investieren zu können. Die Einführung von CO₂-Mindestpreisen im Vereinigten Königreich und demnächst auch in Frankreich setzt hier ein wichtiges Signal.

Ziel zwei: Deutschland als Energiewende- und Verkehrswendeland glaubwürdig machen

Dekarbonisierung konkret: Deutschland und die Kohle

Vor dem wichtigen Klimagipfel Ende 2015 in Paris konnte die deutsche Zivilgesellschaft die Bundesregierung soweit unter Druck zu setzen, dass diese 2014 begonnen hat, eine längst fällige Bestandsaufnahme der deutschen Klimaschutzbemühungen vorzunehmen. Dabei musste die Regierung für die Erreichung des Ziels von 40 Prozent CO₂-Reduktion bis 2020 gegenüber 1990 eine erhebliche Lücke von 5 bis 8 Prozent eingestehen. Neben großen ungenutzten Emissionsreduktionspotentialen in Bereichen wie der Energieeffizienz oder dem Verkehrssektor liegt das Hauptproblem insbesondere bei den Emissionen aus dem fossilen Kraftwerkspark. Im ersten Halbjahr 2014 hat das Bundesumweltministerium (BMUB) deshalb einen großen Konsultationsprozess gestartet, um wirksame Klimaschutzmaßnahmen in den einzelnen Sektoren zu identifizieren – Germanwatch hat sich hieran intensiv beteiligt.



Germanwatch auf dem Climate March am 21.9.2014 in Berlin. Foto: Oldag Caspar

100 Mio. Tonnen CO₂ muss der Kraftwerkssektor insgesamt bis 2020 einsparen, um seinen Beitrag – durch weniger Kohlekraft – zur Erreichung des Klimaziels beizusteuern. Doch die Prognosen gehen nur von einer Minderung um etwa 70 Mio. Tonnen aus. Um die Lücke zu füllen, wurden ab Mitte 2014 verschiedene Instrumente diskutiert. Germanwatch hat die Debatte mit einer ökonomischen Machbarkeitsstudie und einem Rechtsgutachten vorangetrieben. Die Vorschläge unserer Studie haben dabei medial erhebliche Aufmerksamkeit erregt und wurden im Bundeswirtschaftsministerium (BMWi) als eine Alternative diskutiert.

Mit der Veröffentlichung des Klimaschutzaktionsprogramms 2020 des BMUB und des Eckpunkte-papiers Strommarkt des BMWi war die Diskussion um zukünftige Klimaschutzinstrumente insbesondere im Strommarkt in vollem Gange. Das Wirtschaftsministerium legte schließlich am 3. Dezember 2014 einen Vorschlag vor, wie die Kohlekraftwerke ihren Beitrag zur CO₂-Reduktion leisten sollen. Der sogenannte Klimabeitrag hätte den ältesten und damit dreckigsten Kohlekraftwerken ab ihrem 20. Betriebsjahr nur noch einen Freibetrag zugebilligt, darüber hinausgehende Emissionen wären mit einer Abgabe in Form von CO₂-Verschmutzungsrechten belegt worden.

Der Vorschlag war sowohl effizient als auch verhältnismäßig günstig und wurde neben den Umweltverbänden auch von den meisten Wissenschaftlern, Stadtwerken und Energiemarktexperten unterstützt.

Doch die fossile Lobby trommelte noch einmal alle zusammen, die den Klimaschutz schon immer als Bedrohung der eigenen Interessen wahrgenommen hatten. Eine Phalanx aus der Bergbaugewerkschaft IG BCE, den großen Energieriesen wie RWE oder Vattenfall und den Kohleländern NRW, Brandenburg und Sachsen überboten sich in ausgedachten Horrorszenarien (100.000 Arbeitsplätze in Gefahr – bei insgesamt 22.000 Beschäftigten in der Kohleindustrie) und bekämpften den Klimabeitrag mit allen Mitteln. Germanwatch hat sich in dieser Hochphase der Auseinandersetzung alleine und gemeinsam mit Verbänden wie der Klima-Allianz massiv eingebracht. Durch intensive Medienarbeit, große Anzeigen in Tageszeitungen und viele Gespräche mit politischen Entscheidungsträgern, Vertretern von Unternehmen, Gewerkschaften, Kirchen und anderen zivilgesellschaftlichen Akteuren haben wir in dieser Phase daran gearbeitet, der kleinen, aber einflussreichen Kohle-Lobby etwas entgegenzusetzen.

Auch wenn der Klimabeitrag schlussendlich gegen die ökonomische Vernunft fallen gelassen wurde – der Einstieg in den Ausstieg aus der Kohle hat in Deutschland begonnen. Nun werden einige alte Braunkohlekraftwerke in eine Reserve verschoben, wo sie vier Jahre ungenutzt in Bereitschaft stehen, bevor sie dann endgültig stillgelegt werden. Das ist zwar die teurere und aus Klimaschutzsicht zweitbeste Lösung, aber in Anbetracht der deutschen Liebe zur Kohle ein bedeutender Schritt. Germanwatch wird nun genau hinschauen, wie Deutschland sein 2020-Klimaschutzziel noch erreichen will, und sich mit aller Kraft für einen verbindlichen, sozialverträglichen Pfad für den schrittweisen Kohleausstieg einsetzen.

Rahmenbedingungen für nachhaltige Geschäftsmodelle erforschen

Germanwatch hat dazu beigetragen, dass die Energiewende in großen Teilen der Wirtschaft akzeptiert und vorangetrieben wird. In zahlreichen Gesprächen und Veranstaltungen wurden gemeinsam mit Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft Erwartungen auf die Energiewende hin diskutiert und Resonanzen für ihr Gelingen erzeugt. Hierzu wurden Hindernisse für die Energiewende identifiziert, an deren Überwindung gearbeitet werden kann. Darüber hinaus haben wir Chancen der Energiewende herausgearbeitet: So wurden beispielsweise mit der Finanzwirtschaft Investitionsperspektiven durch die Energiewende und mit VertreterInnen der Informations- und Kommunikationsbranche Geschäftsmodelle mit positiven Klimaeffekten eruiert. Große Energieversorgungsunternehmen wurden dahingehend beraten, neue Geschäftsmodelle im Sinne der Energiewende zu entwickeln. Wissenschaftlich unterstützt wurde diese Stakeholder-Arbeit durch Germanwatch-

Studien zu Kapazitätsmärkten, zur Schaffung von Geschäftsmodellen in der Energiewirtschaft, zum Umgang mit wechselwirkenden Chancen und Risiken der Energiewende sowie zur Methodik stakeholderbasierter und transformativer Wissenschaft. Zudem haben wir an einem Modell für die EU-Kommission mitgearbeitet, in dem positive wirtschaftliche Effekte von Klimaschutzmaßnahmen deutlich werden und das die Akzeptanz ambitionierter Klimapolitik stärken soll. Neben diesen eigenen Forschungsaktivitäten hat Germanwatch das Bundesforschungsministerium bei der Konzeption neuer Forschungsprogramme im Sinne der Energiewende beraten.

Ökonomische Grundlagen für die große Transformation vorantreiben

Es ist ein Paradox. Das Energiewendeland Deutschland stützt mit staatlichen Subventionen weiter die Kohleverstromung. Und das sogar international. Staatliche Förderinstrumente wie die KfW-Kreditfinanzierung oder die Hermes-gedeckte Exportförderung sind wesentliche Instrumente der Kohlesubventionierung im Ausland. Immerhin: Es gelang, dass der öffentliche Teil der KfW-Bankengruppe nicht mehr oder nur noch in seltenen Ausnahmefällen Kohleprojekte in ökonomisch weniger wohlhabenden Ländern fördert – ein Erfolg beharrlicher Überzeugungs- und Kampagnenarbeit der Umwelt- und Entwicklungsorganisationen. Wir hoffen, dass noch im November auch die Kohlefinanzierung durch die Export-Kreditagenturen der OECD massiv eingeschränkt wird.

Dieser Richtungsschwenk passt zu einer neuen Maxime auf den Finanzmärkten: Kohleinvestitionen sind nicht nur umweltschädlich, sondern werden auch zunehmend zu einem finanziellen Risiko. Namhafte Investoren in den USA und in Europa, darunter der französische Versicherer AXA und der weltgrößte Staatsfonds aus Norwegen, haben ein umfassendes „Divestment“, also einen Abzug von Finanzmitteln, aus der Kohle angekündigt. Zusammen mit weiteren Umwelt- und Entwicklungsorganisationen arbeiten wir daran, diesen Trend zu verstärken und mit wissenschaftlich fundierten Argumenten zu untermauern. Im Januar 2015 haben wir zusammen mit Brot für die Welt einen öffentlichen Divestment-Fachworkshop organisiert: mit hochrangigen Vertretern des Bankensektors, der Wissenschaft und der Politik. Daneben waren wir Co-Sponsor des ersten vom Tagesspiegel organisierten „Berlin Investment Forums“. Wir sind überzeugt, dass diese sowie verwandte Debatten wesentliche Triebfedern eines neuen „Standards“ auf den Finanzmärkten sein können.

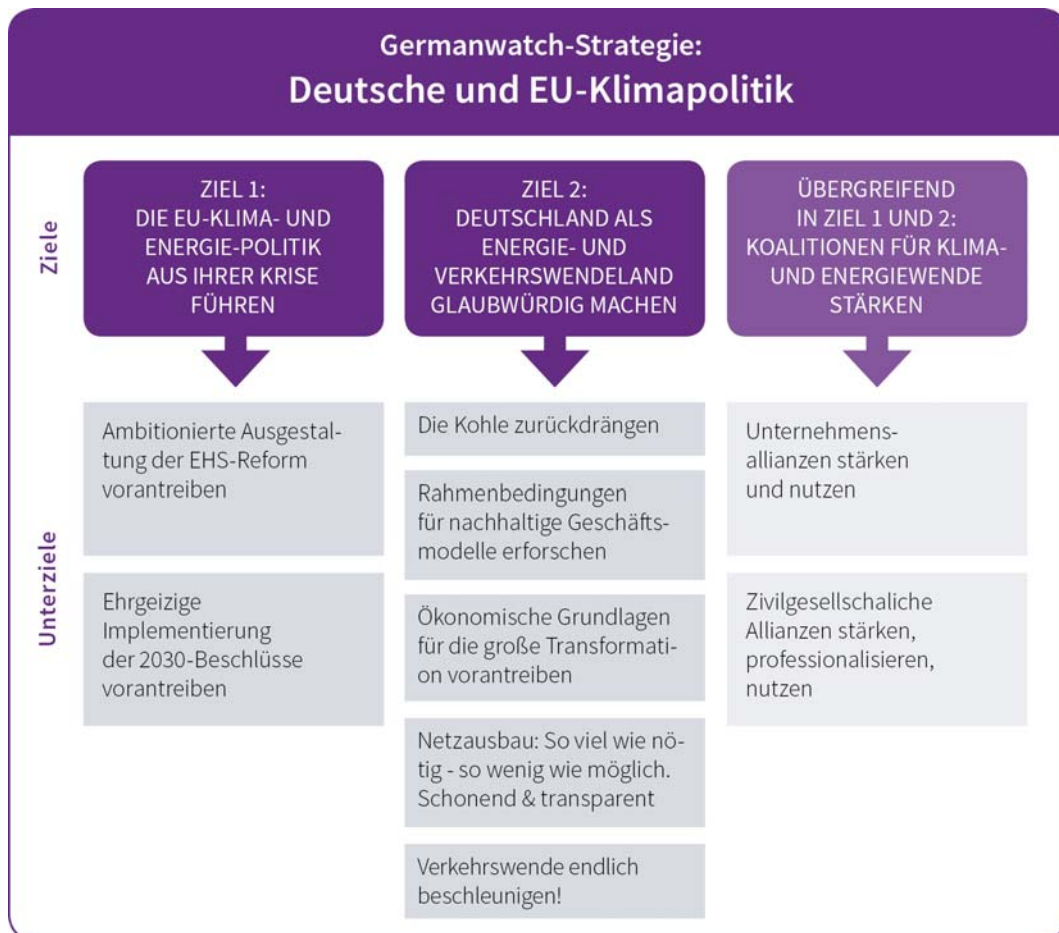


Prof. Nicholas Stern (London School of Economics) stellt in Berlin auf einer von Germanwatch organisierten Veranstaltung mit Unternehmensvertretern die neue Studie „Better Growth Better Climate“ seiner Global Commission on the Economy and Climate vor (6.10.2014). Foto: Oldag Caspar.

Den Ausbau der Stromnetze mit guter Öffentlichkeitsbeteiligung voranbringen

Der rechtzeitige Ausbau von benötigten Stromleitungen ist einer der größten Flaschenhälse für eine erfolgreiche Energiewende. Die öffentliche Diskussion um den Umbau der Stromnetze wird in vielen Regionen weiter sehr emotional geführt. Die bayerische Landesregierung blockiert den

Netzausbau auf Bundesebene, und erst im Juli 2015 konnte im Rahmen eines Spitzentreffens zwischen Bundeskanzlerin und Fraktionschefs ein politischer Kompromiss gefunden werden. Dieser macht den Weg frei für die weitere Planung wichtiger Stromtrassen, wird aber durch weit reichende neue Möglichkeiten der Erdverkabelung bei Gleichstromhöchstspannungstrassen zu Planungsverzögerung und hohen Mehrkosten führen. Die Entscheidung ist eine Reaktion auf die Forderung nach Erdverkabelung in breiten Teilen der lokal vom Netzausbau betroffenen Bevölkerung u.a. in Bayern und Niedersachsen und soll regional höhere Akzeptanz der Projekte sicherstellen.



Eines der umstrittenen Projekte ist der SüdLink, eine geplante Höchstspannungsgleichstromverbindung von Nord- nach Süddeutschland von 800 km Länge. Der SüdLink ist gleichzeitig Pilotprojekt für einen frühzeitigen Bürgerdialog im europäischen Projekt „BESTGRID“. Germanwatch hat den SüdLink-Bürgerdialog als Konsortialpartner intensiv begleitet und im Frühjahr 2015 ein Handbuch mit Empfehlungen an lokale Stakeholder und Übertragungsnetzbetreiber zu Partizipation und Transparenz herausgegeben.

Germanwatch bringt sich zudem intensiv in die Fachdiskussion zur Stromnetzplanung ein, denn die Netzplaner müssen gut erklären können, welche neuen Stromtrassen für die deutsche und europäische Energiewende wirklich notwendig sind. Gemeinsam mit anderen Umweltverbänden hatte Germanwatch wiederholt in Stellungnahmen zur Netzentwicklungsplanung gefordert, dass der Netzplanung eine ambitionierte Klimaschutzpolitik zugrunde liegen muss. Damit hatten wir inzwischen Erfolg: Im Dezember 2014 hat die Bundesnetzagentur den Netzbetreibern auferlegt, die Erfüllung der deutschen Klimaschutzziele in mehreren Szenarien zur Grundlage der Stromnetzplanung zu machen.

Verkehrswende bei verschiedensten Entfernungen ernsthaft angehen

Nachdem Germanwatch im Jahr 2013 die Debatte um Hochgeschwindigkeitszüge als Alternative zum Fliegen durch ein Hintergrundpapier vorangebracht hatte, orientierten wir unsere Lobbyaktivitäten ab Ende 2014 auf das komplementäre Thema Nachtzüge. Die DB AG stellte Anfang November 2014 den – abgesehen von den Weltkriegen – 120 Jahre lang verkehrenden Nachtzug von Kopenhagen nach Deutschland (und weiter) ein, andere Nachtzüge fanden das gleiche Schicksal. In einem von uns organisierten Treffen von deutschen und dänischen NRO-Vertretern mit der DB AG wie auch im Europaparlament wurde herausgearbeitet, dass die derzeitige unfaire Trassenbeziehung ein Haupthindernis für den rentablen Betrieb dieser grenzüberschreitenden Züge ist, deren Emissionen pro Fahrgast etwa ein Zehntel derer vergleichbarer Flüge ausmachen. Bisher hat die EU den Aspekt „klimafreundlicher Mittelstreckenverkehr“ im Hinblick auf ihre langfristigen Klimaziele (80 bis 95% Emissionsrückgang bis 2050) vernachlässigt und sollte Schritte unternehmen, dieses Defizit zu beseitigen.

2014 hat sich Germanwatch zudem stark für eine angemessene Finanzausstattung eingesetzt, damit der Schienenpersonennahverkehr als klimafreundliche Alternative zum PKW ausgebaut werden kann. Laut Bundesgesetz stand dazu Ende 2014 eine gemeinsame Entscheidung von Bund und Ländern über die Revision der Regionalbahnfinanzierung an. Doch der Bund ignorierte diese Vorgabe, selbst im Juli 2015 zeichnete sich noch keine Entscheidung ab. Germanwatch bleibt auch hier am Ball.

MitarbeiterInnen

 Jan Burck Teamleiter	 Oldag Caspar Teamleiter	
 Alexander El Alaoui Referent für Finanzmärkte und Transformationsprozesse	 Rotraud Hänlein Referentin Strompolitik und Netze (bis 10/2015)	 Peer Krumrey Referent für Stromnetze und Energiepolitik (ab 11/2015)
 Franziska Marten Referentin Klimaschutz-Index	 Tobias Pforte-von Randow Referent für Klima und Arbeit	 Dirk Rommney Referent Energiewende und Chinesische Klimapolitik (bis 08/2015)
 Dr. Manfred Treber Klima- und Verkehrsreferent	 Hendrik Zimmermann Referent für Energiewende und Geschäftsmodelle	 Zhang Chu Project Manager China – Low Carbon Partnerships (bis 03/2015)
 Marius Arnold Freiwilliges Ökologisches Jahr 2015/16	 Emma Haberstock Freiwilliges Ökologisches Jahr 2014/15	 Ingo Heinze Freiwilliges Ökologisches Jahr 2015/16

PraktikantInnen und weitere UnterstützerInnen im Berichtszeitraum: Robin Mohrmann, Lena Schütter, Stefanie Zanger, Franziska Marten, Kai Schmied

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne Koch, Prof. Dr. Carlo Jaeger

Unternehmensverantwortung

Das Team Unternehmensverantwortung setzt sich dafür ein, dass Unternehmen bei ihren Auslandsaktivitäten menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards beachten und mit ihrem Kerngeschäft zur Lösung globaler Herausforderungen beitragen. Dafür muss die Politik die erforderlichen Instrumente etablieren und umsetzen. Unser Fokus liegt dabei auf der nationalen und der europäischen Ebene. Im Berichtsraum wurden hier aufgrund der Entscheidung der deutschen Bundesregierung, einen Nationalen Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte zu erarbeiten und im Rahmen der G7-Präsidentschaft einen Schwerpunkt auf weltweit nachhaltige Lieferketten zu legen, wichtige Weichen gestellt.

Ziel eins: Durch einen ambitionierten nationalen Aktionsplan die UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte konsequent umsetzen

Die 2011 verabschiedeten UN-Leitprinzipien für Wirtschaft und Menschenrechte stellen den derzeit wichtigsten internationalen Referenzrahmen für Unternehmensverantwortung dar, der von den Staaten umgesetzt werden soll. Sie fordern die *Unternehmen* auf, bei ihrer Tätigkeit menschenrechtliche Sorgfaltspflichten einzuhalten. Diesen Aspekt haben die G7-Staaten in ihrer Abschlussklärung von Elmau aufgegriffen, indem sie die Privatwirtschaft „dringend“ auffordern, ihrer Sorgfaltspflicht auf dem Gebiet der Menschenrechte im Sinne der UN-Leitprinzipien nachzukommen.

Gleichzeitig fordern die UN-Leitprinzipien aber auch die *Staaten* auf, angemessene Maßnahmen zu ergreifen, um ihrer menschenrechtlichen Schutzpflicht nachzukommen. Im Herbst 2014 entschied die Bundesregierung endlich, einen Nationalen Aktionsplan zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien zu erarbeiten. Germanwatch hatte sich im Vorfeld dieser Entscheidung zusammen mit dem CorA-Netzwerk und dem Forum Menschenrechte immer wieder mit konstruktiven Umsetzungsvorschlägen in Bezug auf den Prozess und den Inhalt an die Bundesregierung und die Ministerien gewandt. Der Aktionsplan wird unter Beteiligung von Stakeholdern bis Mitte 2016 erstellt. Die Stakeholder identifizierten elf Schwerpunktthemen, die in Expertenanhörungen bis Ende 2015 bearbeitet werden. Darunter sind für Germanwatch zentrale Themen wie verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten, Unternehmensverantwortung in globalen Lieferketten und Klage- und Beschwerdemöglichkeiten für Betroffene. Germanwatch bereitet in engem Austausch mit NGOs aus dem CorA-Netzwerk und dem Forum Menschenrechte Anhörungen mit vor und wirkt als angefragter Experte bei Anhörungen mit.

Aus der NGO-Zusammenarbeit ist im Berichtszeitraum eine Serie von Steckbriefen zu den UN-Leitprinzipien entstanden, die anhand einzelner Fallbeispiele und Themen den Handlungsbedarf und nötige Umsetzungsschritte erläutern. Die Steckbriefe unterstützen unsere Lobby- wie auch unsere Öffentlichkeitsarbeit zu dem Thema. Germanwatch hat die Erstellung der Steckbriefserie mit koordiniert und einen Steckbrief zu Hürden von ausländischen Betroffenen beim Rechtszugang sowie einen zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien auf Landesebene geschrieben (www.germanwatch.org/de/9841 und www.germanwatch.org/de/9781).

Regional haben wir die Umsetzung der UN-Leitprinzipien ebenfalls vorangetrieben, insbesondere im Rahmen des Berliner Eine-Welt-PromotorInnenprogramms, und damit in Berlin und über das Land hinausgewirkt: Im Rahmen eines Runden Tisches im Bayerischen Staatsministerium für Arbeit und Soziales haben wir in der Diskussion mit Zivilgesellschaft und Parlamentariern aus Landtag und Bundestag Anstöße für eine Debatte auf Landesebene gegeben. Darüber hinaus hat Germanwatch im Berichtszeitraum in Kooperation mit dem Weltladen-Dachverband e.V. eine Seminarreihe zum Thema „Rechte für Menschen, Regeln für Unternehmen“ konzipiert und bundesweit sechs

Seminare durchgeführt, die Aktiven aus den Weltläden Hintergründe zum Thema vermittelt und zu Aktionen motiviert haben.

Ziel zwei: Durch Offenlegungspflichten Transparenz über soziale und ökologische Auswirkungen von Unternehmen schaffen

Bis Dezember 2016 hat Deutschland Zeit, die EU-Richtlinie zur Offenlegung nichtfinanzieller Informationen – die so genannte CSR-Richtlinie – in deutsches Recht umsetzen. Die Bundesregierung hatte die Richtlinie lange Zeit verhindern wollen, bei der finalen Abstimmung im Ministerrat Ende 2014 letztlich aber dafür gestimmt. Germanwatch hatte auf vielen Ebenen massiv dafür geworben. Es geht darum, dass große kapitalmarktorientierte Unternehmen im Lagebericht oder in einem gesonderten Bericht die wesentlichen Risiken ihrer Geschäftstätigkeit und ihrer Geschäftsbeziehungen in den Bereichen Menschenrechte, Arbeitnehmer- und Umweltbelange sowie Korruption und Bestechung darzulegen haben. Eine inhaltliche Überprüfung der Informationen können Mitgliedstaaten optional einführen.

Aus der Sicht von Germanwatch bietet Transparenz die Grundlage dafür, dass die interessierte Öffentlichkeit, vor allem kritische Akteure der Zivilgesellschaft aber auch des Finanzmarktes, das Handeln von Unternehmen und die potenziellen negativen Auswirkungen auf Menschenrechte, Korruption und Umwelt bewerten können.

Das für die Umsetzung zuständige Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) hat ein Umsetzungskonzept entworfen und im Juli Verbände zur Abgabe von Stellungnahmen aufgefordert. In unserer Stellungnahme (www.germanwatch.org/de/10571) an das BMJV sowie in Gesprächen im Ministerium bis hin zur Staatssekretärsbene fordern wir eine Umsetzung, die sich an globalen Nachhaltigkeitszielen und der Achtung der Menschenrechte orientiert. Germanwatch unterstützte als Koordinatorin der AG Offenlegung des CorA-Netzwerks zudem dieses Netzwerk und seine Mitglieder bei der Abgabe von Stellungnahmen an das BMJV. Wir koordinierten die Vernetzung und Abstimmung von Positionen mit weiteren zivilgesellschaftlichen Akteuren, u.a. mit DGB, WWF und Amnesty International. Jeweils plädieren wir nun dafür, dass auch Unternehmen wie Kik oder Bosch, die nicht börsennotiert sind, die vom Gesetzgeber für notwendig erachteten Informationen zu Menschenrechten, Umweltbelangen und Korruption darlegen müssen.

Ziel drei: Gerichtliche und außergerichtliche Beschwerdemöglichkeiten für Betroffene von Menschenrechtsverletzungen verbessern

Germanwatch setzt sich dafür ein, dass die Rechte von Menschen, deren Menschenrechte von Unternehmen verletzt werden, gestärkt werden. Zentral dafür ist, dass Unternehmen für die negativen Auswirkungen ihrer globalen Geschäftstätigkeiten – etwa in Entwicklungsländern – in ihren Heimatländern wie z.B. Deutschland zur Rechenschaft gezogen werden können.

Zusammen mit der AG Haftung des CorA-Netzwerks, die von Germanwatch koordiniert wird, organisierte Germanwatch im Oktober 2014 ein juristisches Fachgespräch. 25 JuristInnen aus Anwaltskanzleien, Hochschulen, Universitäten und NGOs diskutierten über die gesetzliche Einführung menschenrechtlicher Sorgfaltspflichten von Unternehmen entlang ihrer Wertschöpfungskette. Basierend auf den Ergebnissen des Fachworkshops und mit dem Ziel, konkrete umsetzbare Vorschläge zu erhalten, haben wir zusammen mit Brot für die Welt, Amnesty International und Oxfam ein interdisziplinäres Rechercheprojekt an ein Team von RechtsanwältInnen und ProfessorInnen in Auftrag gegeben, deren erste Ergebnisse für März 2016 erwartet werden.

Darüber hinaus beschäftigen wir uns auch weiterhin mit nichtgerichtlichen Beschwerdemechanismen, insbesondere mit den OECD-Leitsätzen für multinationale Unternehmen. Besonders positiv bewertet Germanwatch die Ankündigung der G7-Staaten in der Abschlusserklärung von Elmau: Sie würden sicherstellen, dass die eigenen Nationalen Kontaktstellen (NKS) wirksam arbeiten und mit gutem Beispiel vorangehen. Mit einem Brief haben sich daraufhin Germanwatch, TI und ECCHR an Bundeswirtschaftsminister Gabriel und Bundesarbeitsministerin Nahles gewandt. Deutschland solle u.a. sicherstellen, dass seine NKS einen unabhängigen Aufsichtsrat mit Entscheidungsbefugnissen oder einen Multistakeholder-Steuerungskreis mit Aufsichtsbefugnissen erhält.



„Leer! Die nächste bitte!“ Aktion zum Erdüberlastungstag 2015 mit INKOTA, BUNDJugend und Co. vor dem Bundeskanzleramt. Foto: INKOTA.

Ziel vier: Intelligenten Mix aus freiwilligen Ansätzen und verbindlichen Rahmensetzungen für faire & nachhaltige Standards in IT-Lieferketten verankern

Unser Schwerpunkt im Bereich der IT-Branche liegt auf der Ressourcenschonung. Hier setzen wir uns einerseits für unternehmerische Vorreiterrollen und andererseits für verbindliche politische Rahmensetzungen entlang der gesamten Wertschöpfungskette bis hin zum Recycling ein. Im Berichtszeitraum setzten wir einen besonderen Schwerpunkt auf die Entwicklung von Maßnahmen, die eine längere Nutzung von Produkten fördern. Dies wird auch in den Sustainable Development Goals angestrebt, um Abfall zu reduzieren und Ressourcen zu schonen. Germanwatch initiierte einen Workshop mit Repaircafés, Reparaturunternehmen, Wiederverwendungseinrichtungen, der Abfallwirtschaft, dem Bundesverband der Verbraucherzentralen und Umweltverbänden. Wir entwickelten Maßnahmen auf Produktebene sowie auch auf der organisatorischen Ebene, um kohärente und effektive Lösungen zu identifizieren. Einen Einhackpunkt auf politischer Ebene bot die Novellierung des Elektroaltgerätegesetzes. Dazu verfassten wir gemeinsam mit den Akteuren des Workshops Stellungnahmen und setzten uns in Lobbygesprächen für eine Stärkung der Wiederverwendung im Elektroaltgerätegesetz ein. In einem Verbraucherbriefing zu Handyrankings (www.germanwatch.org/de/9977) haben wir auf die fehlende Nachhaltigkeit im IT-Sektor hinge-

wiesen und aufgezeigt, welche Nachhaltigkeitskriterien bis jetzt weder von der IT-Branche selber noch in bestehenden Rankings berücksichtigt werden. Die hierbei erarbeiteten Kenntnisse konnten wir in verschiedene Bewertungsvorhaben mit Mobilfunkunternehmen und Politik einbringen und diskutieren. Um auch die breite Öffentlichkeit über Herausforderungen und Lösungswege für mehr Ressourcenschonung in der IT-Branche zu sensibilisieren, verfassten wir Pressemitteilungen und anlässlich der IFA (Internationalen Funkausstellung) eine Themenzeitung, die der Tageszeitung taz beigelegt wurde (www.germanwatch.org/de/9031). Gemeinsam mit anderen umwelt- und entwicklungspolitischen Organisationen machten wir anlässlich des Erdüberlastungstags am 19. August 2014 und am 13. August 2015 auf den übermäßigen Ressourcenverbrauch in Deutschland aufmerksam.

Germanwatch hat die sozialen und ökologischen Probleme in der IT-Lieferkette auch in der Bildungsarbeit aufgegriffen: Gemeinsam mit dem Solidaritätsdienst International e.V. (SODI) entwickelten wir das Online-Spiel „Handy Crash“. Das Spiel greift die Handy- und Spielebegeisterung junger Menschen auf und sensibilisiert Jugendliche für einen verantwortungsvollen Umgang mit IT-Geräten. Handy Crash ist ein kostenfreies, kurzweiliges Match-3-Spiel, das in allen Browsern gespielt werden kann (www.handycrash.org). Das Spiel zeigt, welche gravierenden Probleme mit dem Menschenrechts- und Umweltschutz es bei der Rohstoffgewinnung, Produktion und Entsorgung von Handys gibt und was gegen die Probleme weltweit getan werden kann. Eine begleitende Plattform liefert Hintergrundinformationen und Anregungen für die Bildungsarbeit zum Thema (begleitendes Bildungsmaterial: www.germanwatch.org/de/2573). Handy Crash wurde unter den drei besten in der Kategorie „Spiele“ für den Deutschen Preis für Onlinekommunikation nominiert.



Handy Crash – das Online-Spiel unter www.handycrash.org

Ziel fünf: Stärkung zivilgesellschaftlicher Netzwerke zu Unternehmensverantwortung

Die Information und Vernetzung der organisierten Zivilgesellschaft zum Thema Unternehmensverantwortung konnten wir im vergangenen Jahr weiter stärken. Neben der aktiven Mitarbeit im Co-rA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung (Mitglied des Koordinationskreises, Koordination der AG Haftung und der AG Offenlegung, Finanzverwaltung des Netzwerks) sind wir seit diesem Berichtszeitraum nun auch Mitglied im Koordinierungskreis des Arbeitskreises Rohstoffe und arbeiten hier unter anderem zu Ressourcenschonung, Konfliktrohstoffen und für mehr Verantwortung in den Lieferketten in der Rohstoffproduktion. Germanwatch ist darüber hinaus Mitglied im Forum Menschenrechte. Auf europäischer Ebene vertritt Germanwatch seit 2010 das deutsche Co-rA-Netzwerk im Dachverband ECCJ (European Coalition for Corporate Justice). Auf internationaler Ebene sind wir aktives Mitglied im Netzwerk OECD Watch. Auf regionaler Ebene sind wir im Berliner Landesnetzwerk BER engagiert und arbeiten weiterhin im Berliner FAIRgabe-Bündnis zu öffentlicher Beschaffung mit und unterstützten Stellungnahmen des Bündnisses zur Reform der Vergabepaxis in Berlin.

Wir haben darüber hinaus als Team Unternehmensverantwortung im Berichtszeitraum unsere Außendarstellung auf der Webseite überarbeitet, um unsere Expertise für Interessierte und Kooperationspartner sichtbar und umfassend darzustellen. Wir haben in diesem Rahmen auch eine multimediale Präsentation und Einführung in Lösungsansätze im Bereich Globales Wirtschaften und Menschenrechte entwickelt (www.kurzlink.de/uv-prezi), die insbesondere von MultiplikatorInnen aus der Bildungsarbeit sehr gut angenommen wurde.

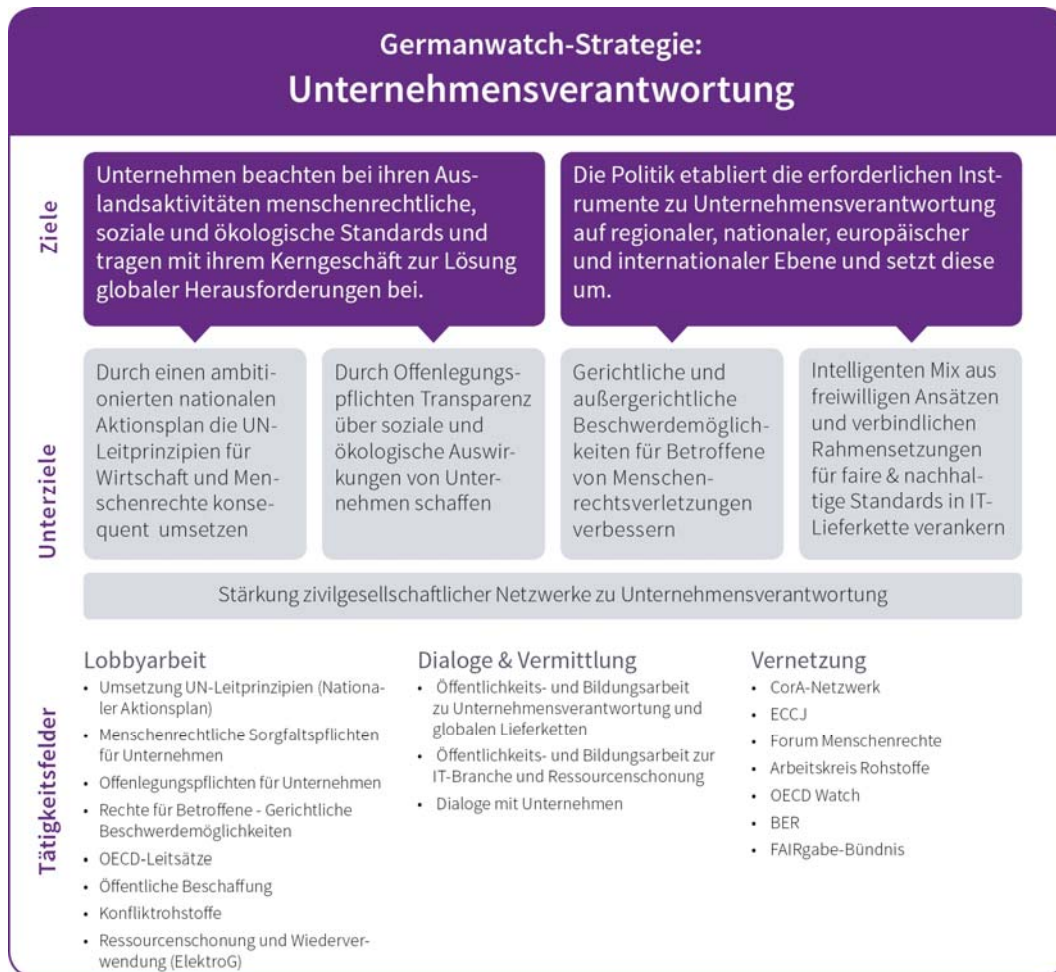
Neben den zivilgesellschaftlichen Netzwerken sind wir auch in weiteren Initiativen zu Unternehmensverantwortung aktiv: Über den Vorstandsvorsitzenden Klaus Milke sind wir im (beim Bundesministerium für Arbeit und Soziales angesiedelten) CSR-Forum der Bundesregierung, und bis Oktober 2015 waren wir im Lenkungskreis des Deutschen Global Compact Netzwerkes vertreten.

Ausblick

Wir werden den Prozess zur Erarbeitung eines Nationalen Aktionsplans zur Umsetzung der UN-Leitprinzipien, der im kommenden Jahr verabschiedet werden soll, auch weiterhin intensiv begleiten. Zentral wird für uns die Diskussion um die Einführung von menschenrechtlichen Sorgfaltspflichten für Unternehmen sein. Um die Debatte zu Wirtschaft und Menschenrechten darüber hinaus weiterzuentwickeln, werden wir im Herbst 2016 gemeinsam mit Misereor einen zweiten umfassenden Bericht dazu veröffentlichen.

Wir begrüßen, dass das Thema Ressourceneffizienz auf der Agenda des G7-Gipfels stand, und setzen uns dafür ein, dass die Politik hier in Zukunft auf internationaler und nationaler Ebene verstärkt die Wertschöpfungskette mit berücksichtigt. Im Rahmen der weltweiten Nachhaltigkeitsziele (SDG) hat sich auch Deutschland jüngst verpflichtet, durch ein nachhaltiges Ressourcenmanagement einen Beitrag für eine Nachhaltige Entwicklung zu leisten. Hier ist viel zu tun. Diesen Weg wollen wir mit eigenen Vorschlägen begleiten, um ambitionierte Maßnahmen zu erreichen.

In Bezug auf die Offenlegungspflichten erwarten wir für Ende 2015 den Referentenentwurf zur Umsetzung der EU-Richtlinie und werden uns in der Folge verstärkt an die Bundestagsabgeordneten wenden. Zudem werden wir uns weiterhin für verbindliche menschenrechtliche Sorgfaltspflichten im Rahmen der EU-Konfliktrohstoffverordnung einsetzen, die Anfang 2016 verabschiedet werden soll. Mit Blick auf die anstehenden Wahlen zum Abgeordnetenhaus in Berlin 2016 werden wir wirtschafts- und entwicklungspolitische Wahlprüfsteine einbringen.



Mitarbeiterinnen

	<p>Cornelia Heydenreich Teamleiterin</p>		<p>Johanna Kusch Referentin für Unternehmensverantwortung</p>		<p>Julia Otten Referentin für zukunftsfähiges Wirtschaften in globalen Lieferketten im Rahmen des Berliner PromotorInnenprogramms</p>
	<p>Johanna Sydow Referentin für Ressourcenpolitik und IT-Branche</p>				

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Joyce-Ann Syhre, Caroline Glatte, Benedikt Walker

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Stefanie Ricarda Roos, Klaus Milke, Michael Windfuhr

Welternährung, Landnutzung und Handel

Die Arbeit des Teams konzentrierte sich im letzten Jahr auf die grundlegenden Veränderungen der europäischen Milchpolitik sowie ihre Auswirkungen auf die Landwirte in Entwicklungsländern und in Deutschland. Die Auswirkungen der Tierhaltung auf Klima, Entwicklung, Umwelt und Gesundheit spielen auch eine wichtige Rolle bei der Arbeit zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG). Für unsere bis zum Sommer 2015 von Kristin Gerber betreuten Arbeiten zu Landnutzung und Waldschutz konnten wir leider keine adäquate Anschlussfinanzierung finden, haben im Berichtszeitraum aber mit finanzieller Unterstützung der Germanwatch-nahen Stiftung Zukunftsfähigkeit die Grundlagen dafür gelegt, ab Ende 2015 zum Thema Tierhaltung personell gestärkt aktiv werden zu können.

Ziel eins: Die deutsche und europäische Agrarpolitik nachhaltig gestalten

Mit dem Ende der Milchquote im April 2015, die bis dahin eine Obergrenze für die in der EU erzeugte Milch setzte, wurde die wichtigste agrarpolitische Veränderung der letzten Jahre umgesetzt. Schon im letzten Jahr haben viele Landwirte in Deutschland und der EU darauf mit Produktion und Exporten in Rekordhöhe reagiert. In einer Hintergrundstudie zum Thema haben wir gezeigt, dass diese exportorientierte Strategie vor allem auf standardisierten Massenprodukten wie Milchpulver beruht. Damit konkurriert die EU auch auf den Märkten armer afrikanischer Länder. Der Rückgang der Nachfrage in den wichtigsten Exportmärkten China und Russland 2015 bei gleichzeitig weiter wachsender Produktion hat 2015 zu einem dramatischen Preisverfall geführt, der die Existenz vieler Betriebe in Deutschland und der EU gefährdet. Gemeinsam mit unserem Projektpartner, der Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL), setzen wir uns für eine Abkehr vom exportorientierten Wachstumskurs der Agrarpolitik ein. Die Milcherzeugung soll durch ein flexibles System an die europäische Nachfrage angepasst werden und umwelt- und sozialverträglicher erfolgen. Statt Mengenwachstum soll Qualität im Vordergrund stehen, damit auch höhere Preise für die Milchbauern durchgesetzt und billige Exporte obsolet werden.

Ziel zwei: Grundlegende Reformen in der Tierhaltung anstoßen

In Zusammenarbeit mit dem Forum Umwelt und Entwicklung haben wir die Zusammenhänge zwischen industrieller Tierhaltung und den UN-Zielen für nachhaltige Entwicklung (SDG) herausgearbeitet. Dabei wurde deutlich, dass die derzeit praktizierte Form der Fleisch- und Milcherzeugung in der EU unter anderem den SDG zu Armuts- und Hungerbekämpfung, Gesundheit, Zugang zu Wasser, dem Erhalt der biologischen Vielfalt entgegensteht. Diese Erkenntnis wurde in den Diskussionsprozess des Rats für nachhaltige Entwicklung zu den SDG eingebracht und dort von weiteren ExpertInnen unterstützt. In den weiteren Prozess zur Umsetzung der SDG in Deutschland werden wir das Thema aktiv einbringen.

Ziel drei: Ernährungssicherheit und Klimaschutz als zentrale Problemfelder hervorheben

Wie an der Arbeit zu den SDG deutlich wird, sind industrielle Tierhaltung und exportorientierte Milcherzeugung mit den übergeordneten Zielen der Hungerbekämpfung und des Klimaschutzes nicht kohärent. Neben ihren negativen Auswirkungen in der Landwirtschaft selbst sind sie durch den Bedarf an Futtermitteln auch entscheidende Treiber für Landnutzungsänderungen wie Entwaldung. In zwei von Germanwatch koordinierten Konzeptpapieren werden Möglichkeiten disku-

tiert, wie finanzielle Mechanismen und politische Regeln im Klimaschutz dazu genutzt werden können, diesen Treibern etwas entgegen zu setzen.



Ausblick

Im nächsten Jahr wird die aktuelle Krise am Milchmarkt weiter einen Arbeitsschwerpunkt bilden. Mit einem gerade in der Produktion befindlichen Comic wollen wir wichtige Zusammenhänge dazu einem breiteren Publikum vermitteln. Wir werden uns allerdings auch mit mehr Kraft und grundsätzlicher mit den Konsequenzen einer zunehmend industrialisierten Tierhaltung auseinandersetzen. Mit einem neuen Projekt wollen wir neue Verbündete gewinnen, um ein effektiveres Gegengewicht zur Lobby des Bauernverbands zu schaffen und eine grundlegende Reform der Tierhaltung voranzubringen.

MitarbeiterInnen



Tobias Reichert
Teamleiter

Kristin Gerber
Referentin für Wald- und Klimaschutz (REDDplus) bis Mai 2015



Reinhild Benning
Referentin für Landwirtschaft und Tierhaltung

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Johannes Horst, Elisa Kollenda, Johannes Leimbach, Saskia Reppin

Verantwortlich seitens des Vorstands: Dr. Klemens van de Sand, Tilman Santarius

Bildung für nachhaltige Entwicklung (BNE)

Ziel eins: BNE hin zu einer großen Transformation mitgestalten und durchführen

SchülerInnen und Jugendliche erreichen

Die Transformation hin zu erneuerbarer Energie, klimafreundlicher, gesunder Ernährung und praktisch geschlossenen Stoffkreisläufen kann nur gelingen, wenn sie durch eine breite Bevölkerung mitgetragen wird und wenn mehr und mehr Menschen bereit sind, sich mit Rückgrat und Kreativität privat und/oder beruflich zu engagieren. Germanwatch setzt deswegen weiterhin auf die Bildungsarbeit an Schulen und auf die außerschulische Bildungsarbeit wie etwa im Jugend-Theater-Projekt „Erde an Zukunft“. Mit der Germanwatch-Klimaexpedition und zunehmend der Germanwatch-Rohstoffexpedition waren wir auch im vergangenen Jahr bundesweit an Schulen präsent. Die Nachfrage der Schulen übersteigt die Anzahl der Tage, die wir durch Projektmitgelgeber oder Spender abdecken können. Es bestehen also trotz weiterhin sehr positiver Rückmeldungen auf unsere „Klima- und Ressourcen-Expeditionsarbeit“ derzeit erhebliche Engpässe in der Fördersituation. Anstatt Bewährtes und Nachgefragtes zu fördern, werden seitens vieler Geldgeber ständig innovative Ansätze gefordert. Zusammen mit unserem Partner Geoscopia arbeiten wir permanent an der Aktualität und der inhaltlichen Weiterentwicklung der Expeditionen.



Übergabe des Qualitätssiegels „Werkstatt N“ an die Germanwatch-Rohstoffexpedition (Hilden, 23.4.2015) .
V.l.n.r.: Peter Knitsch, Staatssekretär im NRW-Umweltministerium, Prof. Dr. Günther Bachmann, Generalsekretär des Rates für Nachhaltige Entwicklung, Martin Fliegner, Germanwatch-Rohstoffexpedition und Geschäftsführer Geoscopia, Jan-Karl Martysiak, Geoscopia

Neue Zielgruppen mit innovativen Formaten ansprechen

„Das Chaos wenden“ – in Kooperation mit der pallottinischen Bildungsstätte Haus Wasserburg führten wir im Oktober 2014 ein interdisziplinäres Projekt zum Oratorium „Das Lied von der Erde“ mit einem Musikworkshop zur Schöpfungsverantwortung und mit einem parallel laufenden Seminarprogramm durch. Die Inhalte des Seminars wurden in den Probenpausen mit den ca. 150 MusikerInnen geteilt. In der Aufführung des Werkes konnte dann beides zusammengeführt werden. Zu dem Projekt sind eine CD und ein Buch erschienen.

Im Rahmen des Europäischen Jahres für Entwicklung 2015 führt Germanwatch eine Bilderrahmenaktion auf verschiedenen Veranstaltungen und Aktionstagen durch. Interessierte und viele Jugendliche formulieren ihre Forderungen, Kritik und Wünsche an die europäische Entwicklungspolitik auf Sprechblasen und lassen sich im blau-goldenen europäischen Bilderrahmen für die Veröffentlichung im Internet fotografieren. Wichtig ist vielen Jugendlichen die Kohärenz von Politik: Sie sehen vor allem klimafreundliche und ressourcenschonende Politikmaßnahmen sowie einen fairen Welthandel als Beitrag, zukunftsfähige Entwicklungschancen der Menschen in den Ländern des Südens zu erhöhen.



Michael, Teilnehmer am Europatag, Foto: Alexander Reif

Gruppen und Initiativen beraten

Germanwatch ist mit Stefan Küper und Stefan Rostock als Fachpromotoren Klima und Entwicklung in NRW in der Beratung von Initiativen und Gruppen aktiv, Julia Otten als Referentin für zukunftsfähiges Wirtschaften in globalen Lieferketten im Rahmen des Berliner PromotorInnenprogramms. Vor allem die Diskussion über und die Ermittlung von Möglichkeiten zivilgesellschaftlichen Einflusses auf die Entwicklung der Sustainable Development Goals (SDG) waren Schwerpunkt der Arbeit, ebenso wie der Prozess rund um die UN-Klimaverhandlungen von Lima und vor Paris. Germanwatch konnte NRW-weit MultiplikatorInnen in Presseschulungen erreichen und brachte die Erfahrungen aus zwei Begleitprozessen zur NRW-Nachhaltigkeitsstrategie in die Bildungsarbeit ein.

Auch im vergangenen Jahr führten wir Strategietage zu den Themen „Sustainable Development Goals (SDG)“ und zur (Post-)Wachstumsdebatte „Was darf wachsen – was nicht?“ mit (Jugend-)Gruppen und -Initiativen durch. In den Strategietagen sind immer Elemente der kulturellen politischen Bildung, etwa Theaterauftritte der Berliner Compagnie oder eine Konzertlesung mit Alberto Acosta, fester Bestandteil unserer Arbeit. Germanwatch beteiligte sich aktiv an großen Theaterprojekten, der Welt-Klimakonferenz des Rimini Protokolls in Hamburg sowie „Save the World“, einem Festival mit Künstlern und Experten in Bonn.

Daneben konnten wieder viele Menschen durch Vorträge und Workshops erreicht werden, unter anderem bei der Friedrich-Ebert- und der Konrad-Adenauer-Stiftung, der AKSB (Arbeitsgemeinschaft katholisch-sozialer Bildungswerke), bei studentischen Gruppen oder an Schulen wie dem Robert-Wetzlar-Berufskolleg in Bonn.

Herausforderungen im „Süden“ ein Gesicht geben

Germanwatch ist Mitveranstalter des Engagement Global NRW Konkreter Friedensdienst Reverse Programms, welches von 2014 nach 2015 verschoben und frühzeitig vorbereitet wurde. Drei NGO-Aktive aus Indien, Südafrika und Marokko sind im Herbst 2015 bei Germanwatch zu Gast. Themen sind Klimawandel und die Globalen Nachhaltigkeitsziele sowie ihre jeweilige Umsetzung. Der Austausch mit Akteuren aus Süd-NGOs im eigenen Team bereichert die Debatte, entwickelt die eigene Perspektive und hilft, sowohl die Betroffenheit als auch das Engagement von Menschen in den Ländern des Südens in unserer Bildungsarbeit besser zum Ausdruck zu bringen.

Ziel zwei: BNE weiterentwickeln und strukturell verankern

Germanwatch ist Mitglied im bundesdeutschen Bündnis Zukunftsbildung. Über das Bündnis bringen wir uns in die Umsetzung des BNE-Weltaktionsprogramms in Deutschland ein und entwickeln BNE in der konkreten Umsetzung weiter. Die Erklärung der internationalen Abschlusskonferenz der UN-Dekade Bildung für nachhaltige Entwicklung in Nagoya im November 2014 hatte zwei für unsere Arbeit wichtige Kernaussagen: 1) Lernende sollen befähigt werden, sich und die Gesellschaft, in der sie leben, zu transformieren. 2) In allen Lern- und Ausbildungsprozessen muss BNE verankert werden, und überall dort, wo nachhaltige Entwicklung bereits stattfindet, müssen BNE-Komponenten angeschlossen werden. Das Ende der Dekade war der Start des Weltaktionsprogramms BNE. Wir setzen uns nun im Bündnis Zukunftsbildung für eine ambitionierte Umsetzung in Deutschland ein. Wir wollen erreichen, dass BNE strukturell besser verankert wird und Jugendpartizipation einen festen Rahmen bekommt.



„Klima? Wandel. Wissen! Neues aus der Klimawissenschaft“ – die mobile Bildungs-Ausstellung von Germanwatch zur Klimawissenschaft mit 18 Schaubildern. Im Berichtszeitraum haben sich bereits über 2.000 BesucherInnen mit den Inhalten auseinandergesetzt. Die Ausstellung, die in drei Exemplaren durch Deutschland tourt (wie hier im Bild bei Brot für die Welt), wird auch in einer bulgarischen und französischen Variante international eingesetzt. Foto: Brot für die Welt.



Ausblick

Im Jahr 2016 liegt der Fokus unserer Bildungsarbeit auf der Umsetzung der SDG, u.a. im Rahmen der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie. Hier gilt es, vor allem SDG 4 zu Bildung in Deutschland wirkmächtig umzusetzen und BNE auch in seiner politischen Dimension als Aktivierung zu kritischen BürgerInnen, die politisch handeln, zu verstehen. BNE ist dann erfolgreich, wenn sie Strukturen so verändert, dass die Menschen nicht ständig von Preisanreizen in eine nicht nachhaltige Richtung gedrängt werden. Weiterhin wird die Bildungsarbeit zu allen SDG, die für die Arbeitsbereiche von Germanwatch wichtig sind, relevanter werden.

In 2016 werden wir aus dem Bildungsteam eine Germanwatch-Debatte zum Wachstumsthema anstoßen: Was darf wachsen, was muss schrumpfen? Wie muss Wachstum neu definiert werden, damit es nicht länger als ein Indikator für wachsende Müllberge und Emissionsmengen erscheint? Unterstützt werden diese Aktivitäten durch unsere neue Rolle als Praxispartner der Alanus-Hochschule im Rahmen des BWL-Studienganges „Wirtschaft neu denken“. Ein NGO-Stipendiat wird hierbei über drei Jahre in sechs 10-wöchigen Praxisphasen bei Germanwatch mitwirken. In 2016 starten wir auch mit einem Projekt zu Migration und Transformation. Welche Rolle können Migranten bei der Transformation einnehmen? Wie können ihre Erfahrungen bei uns und in ihren Herkunftsländern zu Impulsen für nachhaltige Entwicklung werden?

Die Partizipation von Jugendlichen auszubauen, heißt für uns im nächsten Jahr, zusammen mit anderen Jugendverbänden Ideen für Formen und Strukturen zu entwickeln, wie der im derzeitigen Koalitionsvertrag enthaltene „Jugend-Check“ als Instrument eingefordert, entwickelt und ambi-

oniert für Jugendinteressen in den Bereichen Nachhaltigkeit und globale Gerechtigkeit umgesetzt werden kann.

Im Rahmen des NGO-Partnerschaftsjahres der Stadt Bonn werden wir die Germanwatch-Klima- und Rohstoffexpedition verstärkt in Bonn zum Einsatz kommen lassen und uns bei mehreren Bonner Veranstaltungen einbringen. Im Rahmen des Bonner Schumannfestes im Juni 2016 werden wir eine aktualisierte Fassung des „Lied der Erde“-Projektes zusammen mit Haus Wasserburg in Bonn anbieten und aufführen.

MitarbeiterInnen



Stefan Rostock

Teamleiter Bildung für nachhaltige Entwicklung, NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung



Alexander Reif

Referent Bildung für nachhaltige Entwicklung



Nicole Bosquet

Referentin Bildung für nachhaltige Entwicklung – Migration und Transformation (ab Dez. 2015)

Mit Unterstützung von Stefan Küper (NRW-Fachpromotor für Klima & Entwicklung)

In Zusammenarbeit mit dem Team von Geoscopia (Martin Fliegner, Holger Voigt, Doro Fliegner, Birgitt Gerhardt, Thomas Rahne, Michael Geisler)

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Hanna König, Steffen Haag, Inga Zinck, Luzia Ellmers, Anna Lohmann, Marie Heitfeld, Dorothea Harles

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof

Entwicklungsfinanzierung

Im letzten Rechenschaftsbericht stand, wir hätten für unsere Bemühungen um eine „Annäherung“ an das 0,7%-Ziel ein „Danke“ von höchster Stelle im Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) erhalten. Dem folgte die etwas hilflose und fast schon resignierende Feststellung: „Aber uns ging es nicht um 'Dank für die Unterstützung', sondern um eine substantielle Erhöhung des Budgetansatzes. Die blieb aus.“ Natürlich wurde auch weiterhin von vielen und auch von uns dennoch „Druck ausgeübt“, aber ein (erster) Erfolg ließ lange auf sich warten.

Im März 2015 verabschiedete das Kabinett den Regierungsentwurf zum Bundeshaushalt 2016, die Grundlage für die parlamentarischen Beratungen. Nach sehr mageren Erhöhungen in den verabschiedeten Haushalten 2014 und 2015 ist in diesem Entwurf erstmals in der Großen Koalition eine substantielle Erhöhung des Einzelplans 23 („BMZ-Haushalt“) vorgesehen, die sich aber in den Eckwerten bis 2019 nicht fortsetzt. Wir haben zunächst in einem Aufsatz die vorgesehene Erhöhung begrüßt und dann versucht, mit mehreren Varianten („Morgenröte oder Glühwürmchen?“) einen Korridor aufzuzeigen, in dem sich eine zumindest bescheidene „Annäherung“ an das 0,7%-Ziel ergeben könnte. Diesen Artikel haben wir an alle für den Haushalt wichtigen EntscheiderInnen versandt und in Begleitschreiben an die relevanten Fachausschüsse und insbesondere den Haushaltsausschuss gebeten, darauf zu achten, dass die Ansätze nicht vermindert würden. Die EntscheiderInnen in den Ministerien (insbesondere Bundesfinanzministerium) haben wir darauf hingewiesen, dass die vorgesehenen Eckwerte für 2017-2019 in den entsprechenden Haushaltsentwürfen mindestens bis zur Höhe der Steigerung von 2015 auf 2016 angehoben werden müssten, wenn die „Annäherung“ nicht zu einer „Entfernung“ werden sollte.

Die Reaktionen – auch die von höchster BMZ-Stelle – zeigten sich wieder erfreut über unsere Unterstützung für den Haushaltsentwurf, gingen aber nicht auf die weitaus zu niedrigen Eckwerte ein.

Wir engagieren uns weiter für die Einführung der Finanztransaktionssteuer (FTT), müssen aber feststellen, dass es auf verschiedenen nationalen und vor allem internationalen Ebenen immer noch erhebliche Widerstände gibt.

Mitarbeiter



Dr. Ludger Reuke
Referent für Entwick-
lungspolitik

Pressearbeit

Germanwatch konnte in den vergangenen zwölf Monaten gegenüber vielen Medien seinen Stellenwert als Ansprechpartner für kompetente und kenntnisreiche Einordnungen und Hintergründe weiter ausbauen. Bei einer Vielzahl zentraler Anlässe wie der Weltklimakonferenz in Lima, rund um den G7-Gipfel in Elmau, zum Klimaschutzplan der Bundesregierung, zur Papst-Enzyklika oder im Vorfeld und während des Erdüberlastungstags Mitte August waren wir einer der wichtigsten Ansprechpartner für Medien. Dabei machte sich vor allem die Verbesserung unserer strategischen Pressearbeit positiv bemerkbar.

Ein Beispiel ist der G7-Gipfel in Elmau, in dessen Vorfeld wir nicht nur einen Gastbeitrag bei ZEIT ONLINE platzieren konnten, sondern auch zentrale Medien schon vorher mit einer prägnanten Hintergrund-Mappe zu den aus unserer Sicht zentralen Themen (Klimapolitik, Post-2015-Ziele, Lieferketten u.a.) versorgten. Zudem reagierten wir schon kurz nach Bekanntgabe der Gipfelbeschlüsse mit einer Pressemitteilung und einer Kurzanalyse, aus denen die meisten großen Medien (Agenturen dpa/AFP/Reuters, Hörfunk, Süddeutsche Zeitung, FAZ, Welt, Zeit Online u.v.m.) zitierten. Während und zum Abschluss des Gipfels waren die vor Ort anwesenden Germanwatchler oft gefragte Gesprächspartner auch ausländischer Journalisten.

Ein anderes Beispiel für verbesserte strategische Pressearbeit war der Erdüberlastungstag am 13. August 2015. Durch frühzeitige Ankündigung und die Bereitstellung von Hintergrundmaterial konnten wir in Kooperation mit NGO-Partnern maßgeblich zur Steigerung des Bekanntheitsgrades dieses Tags und seiner Bedeutung beitragen. Das Resultat war eine deutlich stärkere Medienpräsenz als in den Vorjahren, u.a. mit Live-Interviews bei N24, verschiedenen Radiosendern und Beiträgen von der zentralen Protestaktion vor dem Kanzleramt in Berlin.

Auch mit einigen eigenen Aktionen konnten wir zentrale Themen unserer Arbeit – z.B. den Einsatz für Klimagerechtigkeit – in der Öffentlichkeit platzieren. Hervorzuheben ist der „Fall Huaraz“ um den peruanischen Landwirt und Bergführer Saúl Luciano Lliuya. Mit zunächst exklusiven Berichterstattungen in Süddeutscher Zeitung, The Guardian und La Republica (Peru) sowie nachfolgend einer Vielzahl von Beiträgen über mehrere Wochen bundesweit (u.a. Sat.1, Handelsblatt/AFP, WDR.de u.a.) und international – vor allem in Lateinamerika – erzeugten wir ein sehr großes Medienecho. Ein weiterer Erfolg war die Publikation der Trendwende-Studie zu positiven Entwicklungen im weltweiten Klimaschutz Anfang Juni 2015. Über diese berichteten u.a. die Frankfurter Rundschau und AFP groß, zudem sendete der Deutschlandfunk ein Interview.

66 Pressemitteilungen veröffentlichten wir von August 2014 bis August 2015 insgesamt, einige gemeinsam mit Partnern. Doch auch abseits dieser aktiven Pressearbeit wenden sich viele Journalisten mit Fragen nach Hintergrundinfos und Einschätzungen an uns. Zunehmend greifen Journalisten auch bei Fragen aus dem Ressourcen-, Lieferketten- und IT-Bereich (z.B. Fairphone) sowie aus dem Agrarbereich (z.B. Agrarexporte) auf unsere Expertise zurück – auch wenn solche Gespräche nicht immer zu Nennungen in Beiträgen führen, sondern es manchmal auch um Verständnisfragen und Hintergründe geht. Zudem zeigte sich erneut, dass sich Klimaschutz- und Klima-Risiko-Index zu festen „Zugpferden“ von Germanwatch entwickelt haben. Das ganze Jahr über nehmen Medien in aller Welt bei Beiträgen zu Themen wie Klimarisiken und Klimaschutzanstrengungen von Regierungen auf unsere Indizes Bezug. Selbst Regierungsmitglieder sind schon in Interviews mit dem Klimaschutzindex konfrontiert worden, so im Dezember 2014, als Umweltminister in Australien und Österreich auf das vergleichsweise schlechte Abschneiden ihrer Länder angesprochen wurden.

Ausblick

Wir wollen in den für unsere Arbeit so wichtigen kommenden Monaten unsere strategische Pressearbeit weiter ausbauen und professionalisieren. Unsere positiven Erfahrungen z.B. beim G7-Gipfel haben gezeigt, dass der Bedarf vieler Journalisten nach kenntnisreicher Analyse, kompetenter Einordnung und fundierter Bewertung in unseren Themenfeldern sehr groß ist. Hier wollen wir noch öfter die vorhandene Expertise bei Germanwatch mediengerecht aufbereiten und so noch nachhaltiger auf die Relevanz unserer Themen aufmerksam machen. Ansprech- und Interviewpartner sollen dabei in erster Linie unsere Expertinnen und Experten selbst bleiben. Daher wollen wir diese mit Schulungen noch mehr in die Lage versetzen, professionelle Medienarbeit zu leisten. Im Jahr eins nach Verabschiedung der Sustainable Development Goals und nach dem Pariser Klimagipfel wird es um die Umsetzung der Beschlüsse vor Ort gehen. Mit einer noch weiter verbesserten Medienarbeit können wir in dieser wichtigen Phase eine zentrale Rolle spielen.

Mitarbeiter



Stefan Küper
Pressereferent

PraktikantInnen im Berichtszeitraum: Vera Dudik

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof

Öffentlichkeitsarbeit

Zu den wichtigsten strategischen Zielen der Öffentlichkeitsarbeit zählt es, die zentralen Inhalte der Germanwatch-Arbeit zielgruppengerecht zu vermitteln und den aktuellen sowie potenziellen InteressentInnen attraktive Angebote zu machen, regelmäßig von uns mit Informationen versorgt zu werden. Hierfür unterstützen die MitarbeiterInnen der Öffentlichkeitsarbeit die politischen Fachteams bei Redaktion, Layout, strategischer Planung und Distribution ihrer vielfältigen Kommunikationsmaßnahmen.

So begleitete das Team Öffentlichkeitsarbeit im vergangenen Berichtszeitraum mehr als 150 Einzelmaßnahmen, darunter zahlreiche Fachpublikationen und Materialien von Postkarten über Studien bis hin zu Ausstellungen und Websites. Daneben wurden 20 Ausgaben unserer Periodika (Zeitung WEITBLICK, Mitglieder-Rundbrief EINBLICK, KlimaKompakt, Newsletter „Germanwatch-Kurznachrichten“) erstellt und an eine abermals gestiegene, fünfstellige Zahl von AbonnentInnen versandt (siehe Tabelle).

Weiterhin betreut das ÖA-Team mehrere Websites sowie die Social Media-Angebote von Germanwatch.

Ausgewählte Beispiele für Ergebnisse unserer Öffentlichkeitsarbeit:



Ausstellung, Katalog und Postkarten

Klima? Wandel. Wissen! Neues aus der Klimawissenschaft

www.germanwatch.org/ausstellung-klimawandel

Bildungsmaterial

Folgen der Globalisierung am Beispiel Handy (Aktualisierung)

www.germanwatch.org/de/2573



Handbuch

**Beteiligung und Transparenz bei der Stromnetzplanung.
Handlungsempfehlungen vom BESTGRID-Projekt**

www.germanwatch.org/de/10149

Videoclip

„Klimaschutz braucht DICH!“

www.germanwatch.org/de/9677



Transformation Symposium, Veranstaltungsdesign und -materialien

„Klimawandel für die Kohle“ (Auf dem Weg zum Einstieg in den Ausstieg)

www.germanwatch.org/de/9561

An dieser Stelle ein großes Dankeschön an alle AutorInnen, RedakteurInnen, GrafikerInnen, LayouterInnen und DienstleisterInnen, die mit ihrer Arbeit dazu beitragen, die Inhalte der Germanwatch-Arbeit gut in der Öffentlichkeit zu präsentieren!

Tabelle: Übersicht AbonnentInnen und Publikationen – Vergleich mit Vorjahreszahlen

	09/2014-08/2015	09/2013-08/2014	09/2012-08/2013
Ausgaben der Zeitung WEITBLICK (Auflage je ca. 100.000)	3 Ausgaben in 2014 1 Ausgabe im Juni 2015 (2 weitere erscheinen in Sep. und Nov. 2015)	3 Ausgaben in 2013	5 Ausgaben in 2012
Weitblick-AbonnentInnen	13.946	13.601	13.359
KlimaKompakt-AbonnentInnen	7.281	6.802	6.471
Kurznachrichten-AbonnentInnen	2.184	1.455	1.066
Gedruckte Materialien: Bestellungen	298 BestellerInnen, 7.471 Einzelmaterialien	358 BestellerInnen, 10.146 Einzelmaterialien	über 480 BestellerInnen, 10.950 Einzelmaterialien
Facebook	1.750 Likes	1.200 Likes	650 Likes

Stand: August 2015

Service

Kostenlose Abos (Zeitung WEITBLICK, Newsletter Kurznachrichten, KlimaKompakt): www.germanwatch.org/abos

Publikationen bestellen/herunterladen: www.germanwatch.org/de/publikationen

Aktuelle Pressemitteilungen: www.germanwatch.org/de/presse

Veranstaltungen: www.germanwatch.org/de/termine

Blog- & Videobeiträge: www.germanwatch.org/blog

Facebook: www.facebook.com/germanwatch

Youtube: www.youtube.com/germanwatch

Allgemeine Informationen: www.germanwatch.org

MitarbeiterInnen



Pascal Molinario
Teamleiter



Angela Koch
(ab 08/2015)
Freiwilliges Ökologisches Jahr 2015/16



Biko Thomas
(bis 07/2015)
Freiwilliges Ökologisches Jahr 2014/15

Mit Unterstützung von Ljiljana Djuric und Andrea Taubert

Praktikantinnen im Berichtszeitraum: Vera Dudik, Natalie Muth

Verantwortlich seitens des Vorstands: Anne-Kathrin Kirchhof, Klaus Milke

D Germanwatch in Netzwerken und Kooperationen

Germanwatch arbeitet eng mit ausgewählten Organisationen, Partnern und Persönlichkeiten zusammen – wir schätzen sie als Dialogpartner, und die meisten spielen eine wichtige strategische Rolle für gemeinsame Ziele. Dadurch konnten auch im vergangenen Jahr wieder viele Verstärkungseffekte für uns erzielt werden, wir konnten andere zivilgesellschaftliche Debatten und Strukturen beeinflussen und von ihnen lernen. Gleichzeitig stellen unsere Vernetzungsstrategien eine besondere finanzielle und kapazitätsmäßige Herausforderung für Germanwatch dar.

Besonders verantwortliche Positionen etwa im Vorstand, in der politischen Koordination, im Sprecherrat oder Beirat haben Germanwatch-MitarbeiterInnen oder Vorstände bei folgenden Partnerorganisationen inne:

- Climate Action Network (CAN)
- CorA-Netzwerk für Unternehmensverantwortung
- CO2GeoNet
- Deutsche Physikalische Gesellschaft (AK Energie)
- European Coalition for Corporate Justice (ECCJ)
- Global Climate Forum (GCF)
- Klima-Allianz
- Munich Climate Insurance Initiative (MCII)
- Netzwerk Arbeitskreis Rohstoffe
- Potsdam Institut für Klimafolgenforschung (PIK)
- Renewables Grid Initiative (RGI)
- Sustainable Development Solutions Network, German Chapter (SDSN Germany)
- Transform*

Darüber hinaus ist Germanwatch Mitglied in folgenden politischen Netzwerken sowie Vereinen und engagiert sich in einigen von ihnen im Rahmen von Arbeitsgruppen und Arbeitskreisen:

Agrarbündnis +++ Allianz „Rechtssicherheit für politische Willensbildung“ +++ Attac +++ Berliner Entwicklungspolitische Ratschlag (BER) +++ Deutscher Naturschutzring (DNR) +++ Deutsches Institut für Menschenrechte e.V. (DIMR) +++ Eine Welt Netz NRW +++ Eine Welt Netzwerk Bayern +++ Eine Welt Netzwerk Hamburg +++ Erlassjahr.de +++ European Business Council for Sustainable Energy (e5) +++ Forum Menschenrechte +++ Forum Nachhaltige Geldanlagen +++ Forum Umwelt und Entwicklung +++ Global Campaign for Climate Action (GCCA)/tcktckt Campaign +++ Global Challenges Network (GCN) +++ Global Compact +++ GoodElectronics Netzwerk +++ Greenskies +++ Netzwerk NGO AK OECD-Leitsätze +++ Nord Süd Forum München +++ OECD Watch +++ Ökowerk NRW +++ Our World is Not For Sale (OWINFS) & Seattle to Brussels Network (S2B) +++ Publish what you pay +++ Steuer gegen Armut +++ TTIP unfairhandelbar +++ Verband Entwicklungspolitik Deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) +++ Verbändeplattform zur Reform der EU-Agrarpolitik +++ Verbraucherzentrale Bundesverband (vzbv) +++ Zukunftsrat Hamburg

* *Transform wurde von den kirchlichen Entwicklungsorganisationen Brot für die Welt und Misereor sowie den im Klimaschutz auf deutscher und internationaler Ebene aktiven Umweltverbänden BUND, Germanwatch, Greenpeace und WWF gegründet. Transform soll die Arbeit der sechs Verbände – zunächst vor allem für die Klima- und Energiewende – besser koordinieren und ihre politische Wirkung durch gemeinsame Auftritte erhöhen.*

Germanwatch e.V., Stiftung Zukunftsfähigkeit, Germanwatch-Stiftung, atmosfair – wie gehören sie zusammen?

Der eingetragene Verein Germanwatch – gegründet 1991 – bekam 1997 eine neue Unterstützerin: die Stiftung Zukunftsfähigkeit. Ihre Errichtung erfolgte nicht zuletzt mit dem Ziel, die finanzielle Unabhängigkeit von Germanwatch dauerhaft zu sichern. Germanwatch als gemeinnütziger eingetragener Verein darf Geld selbst nicht in größerem Umfang langfristig binden, sondern muss es überwiegend unmittelbar und zeitnah ausgeben.



www.germanwatch.org

Die Stiftung unterstützt die Arbeit von Germanwatch mit strategisch besonders wichtigen Programm- und Projektförderungen, außerdem ergänzt sie durch ausgewählte Lobbyaktivitäten die Arbeit von Germanwatch, so z.B. durch Moderationstätigkeiten bei Treffen ausgewählter Delegierter während der UN-Klimaverhandlungen. Ein weiterer wichtiger Erfolg, zu dem die Stiftung beigetragen hat, war die Einführung einer Nachhaltigkeitsberichtspflicht in der Altersvorsorge. Inzwischen haben mehr als 30 Zustifterinnen und Zustifter den Handlungsspielraum der Stiftung erweitert.



www.stiftungzukunft.de

Im Dezember 2014 wurde ergänzend die Germanwatch-Stiftung gegründet, als sog. nicht rechtsfähige Stiftung in der treuhänderischen Verwaltung der Stiftung Zukunftsfähigkeit. Sie stellt eine weitere Option für alle UnterstützerInnen dar, die ganz ausschließlich die Arbeit von Germanwatch fördern und dies nicht auf dem Wege einer zeitnah zu verbrauchenden Spende an Germanwatch e.V., sondern mit einer Zustiftung machen möchten.

Seit Mitte der 1990er Jahre bemüht sich Germanwatch intensiv um verbindliche Regulierungen der Treibhausgasemissionen des Flugverkehrs. Für alle VerbraucherInnen, die auf das äußerst zögerliche Agieren der Politik in dieser Richtung nicht länger warten wollen, hat Germanwatch gemeinsam mit Partnern atmosfair als freiwilliges Instrument ins Leben gerufen. Es stellt nach dem Nichtfliegen die zweitbeste Lösung für Klimaschutz im Flugverkehr dar. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit ist heute einziger Gesellschafter der 2005 gegründeten atmosfair gGmbH. Christoph Bals und Klaus Milke sind neben zwei Vertretern des Bundesumweltministeriums Mitglieder im Fachbeirat von atmosfair.



www.atmosfair.de

E Finanzbericht – Kalenderjahr 2014

von Michael Windfuhr (Schatzmeister)

Einnahmen

Die Einnahmen im Jahr 2014 betragen rund 3.118.656 Euro (-6,2% zum Vorjahr, vgl. Tab. E.1). Ein zentraler Grund hierfür ist die Reduzierung des Umfangs an Kooperationsprojekten im wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Gegenüber 2013 ist der Umfang des „steuerbegünstigten Zweckbetriebs“ leicht gestiegen. Dies ist hauptsächlich durch die verstärkte Zusammenarbeit mit der Energieagentur NRW zu erklären, die wie bereits in den Vorjahren dem Zweckbetrieb zugeordnet wurde.

Die Zuordnung zum „ideellen Bereich“, zum „steuerbegünstigten Zweckbetrieb“ und zum „steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb“ erfolgt anhand bestimmter steuerrechtlicher Kriterien, insbesondere der Frage, ob es sich bei unserer Tätigkeit im steuerrechtlichen Sinne um eine für den Geber erbrachte Leistung gegen Entgelt (z.B. Beratung) handelt und – wenn dies der Fall ist – in welchem Umfang wir hierbei in Konkurrenz zu kommerziellen Leistungsanbietern stehen.

Bei der Höhe der Einnahmen ist – sowohl insgesamt als auch bei der Betrachtung einzelner Projekte – zu beachten, dass ein Teil der von Gebern erhaltenen Einnahmen zur Weiterleitung an Partner für „externe Projektarbeit“ in Kooperationsprojekten bestimmt ist (vgl. Abb. E.1 + E.2). Ein Beispiel im ideellen Bereich ist ein durch die Stiftung Mercator finanziertes Projekt, bei dem wir zusammen mit der Organisation Third Generation Environmentalism (E3G) zu kohlenstoffarmer Stadtentwicklung in Deutschland und China arbeiteten. Einen Teil der Gelder, die Germanwatch als „Senior Project Partner“ von der Stiftung Mercator für die Projektdurchführung erhielt, wurden hier vereinbarungsgemäß an den Partner E3G weitergeleitet. Zieht man die Einnahmen für externe Projektarbeit ab, macht der Anteil der Einnahmen im ideellen Bereich und Zweckbetrieb mit 86,8% den Großteil der 2014 insgesamt zur Verfügung stehenden Mittel aus.

Die Anzahl der Geber für Projektmittel ist unverändert hoch (vgl. Tab. E.2). Dies werten wir als ein Zeichen für die breite Anerkennung der Qualität unserer Arbeit; zudem ist das weit gefächerte Spektrum von Zuschussgebern eine wichtige Voraussetzung für die politische Unabhängigkeit und finanzielle Absicherung von Germanwatch.

Mitgliedsbeiträge, Spenden und die allgemeine Programmförderung durch die Stiftung Zukunftsfähigkeit machen im Vergleich zu den Projektzuschüssen einen kleineren, dafür aber strategisch besonders wichtigen Teil aus. Diese überwiegend nicht zweckgebundenen Mittel können wir flexibel einsetzen. Wir nutzen sie beispielsweise, um schnell und unabhängig auf aktuelle politische Ereignisse mit Öffentlichkeits- oder Lobbyarbeit zu reagieren, um neue Projekte zu initiieren und zu kofinanzieren sowie um die Nachhaltigkeit und die zukünftige Handlungsfähigkeit zu sichern. Gerade bei der Kofinanzierung von Projekten leisten Mitgliedsbeiträge, Spenden und Programmförderungen eine besondere Hebelwirkung, weil wir viele der Zuschüsse im ideellen Bereich nur beantragen können, wenn wir einen gewissen Eigenbeitrag leisten können. Auch sind sie unerlässlich, um Kosten zu decken, die für unsere Arbeit essentiell sind, aber von einigen öffentlichen und privaten Gebern entweder gar nicht oder in zu geringem Umfang bezuschusst werden. Die Mitgliedsbeiträge mit rund 73.375 € sowie die Spenden mit rund 128.040 € sind ungefähr auf dem Vorjahresniveau geblieben. Die Stiftung Zukunftsfähigkeit, deren vorrangiger Stiftungszweck neben einer begrenzten Anzahl eigener Aktivitäten die Förderung von Germanwatch ist, hat uns abermals gefördert. Während eine Zuwendung in Höhe von 10.000 € zur Programmfinanzierung vorgesehen und damit nicht zweckgebunden war, konnten in 2014 aber auch mit zusätzlichen projektgebundenen Zuwendungen der Stiftung Zukunftsfähigkeit Maßnahmen durch Germanwatch neu initiiert bzw. erweitert werden, beispielsweise im Bereich der Germanwatch-Expeditionen (siehe Berichtsteil „Bildung für nachhaltige Entwicklung“).

Allen Mitgliedern und Fördermitgliedern, Spenderinnen und Spendern, Zustifterinnen und Zustiftern der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie allen Zuschussgebern gilt unser besonderer Dank für ihre Unterstützung! Aber auch für die in großem Umfang geleistete ehrenamtliche Arbeit und den unermüdlichen Einsatz unserer MitarbeiterInnen, Freiwilligen im Ökologischen Jahr und PraktikantInnen, die in dem vorliegenden Zahlenwerk nur zum Teil enthalten ist, möchte der Vorstand an dieser Stelle Anerkennung und Dank aussprechen.

Tab. E.1: Einnahmen-/Ausgabenrechnung 2014 und Vergleich zu 2013 für den Ideellen Bereich, die Vermögensverwaltung, den Zweckbetrieb und den Steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb (im Folgenden abgekürzt als WGB)

A. Einnahmen aus laufender Tätigkeit (ohne Zinseinnahmen)	2013	2014
<u>Ideeller Bereich:</u>		
1. Mitgliedsbeiträge	72.845,93 €	73.375,94 €
2. Spenden (allgemein und projektbezogen)	128.548,77 €	128.040,12 €
3. Programmförderung durch Stiftung Zukunftsfähigkeit	10.000,00 €	10.000,00 €
4. Zuschüsse für Germanwatch-Projektarbeit ideell	1.542.471,47 €	1.764.939,40 €
5. Zuschüsse für externe Projektarbeit ideell	284.203,92 €	314.667,06 €
6. Einnahmen CorA-Netzwerk	23.625,02 €	34.335,00 €
7. Sonstige Einnahmen	38.941,33 €	51.686,44 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
8. Einnahmen Zweckbetrieb	157.295,72 €	195.159,05 €
9. Einnahmen WGB	537.273,74 €	345.544,73 €
10. Einnahmen für externe Projektarbeit WGB	526.859,57 €	94.712,73 €
	3.322.065,47 €	3.012.460,47 €
B. Ausgaben aus laufender Tätigkeit (ohne Nebenkosten Geldverkehr)		
<u>Ideeller Bereich:</u>		
11. Löhne und Gehälter	891.795,48 €	1.045.846,37 €
12. Soziale Abgaben	159.531,08 €	205.479,51 €
13. Fremdhonorare	335.452,05 €	400.827,26 €
14. Miete/Mietnebenkosten	55.591,71 €	92.704,71 €
15. Abgaben/ Versicherungen	2.011,67 €	3.621,41 €
16. Beiträge	14.521,82 €	5.579,14 €
17. Reisekosten	126.938,71 €	150.659,70 €
18. Instandhaltungen und Kleingeräte	13.235,34 €	19.630,63 €
19. Abschreibungen	9.181,09 €	12.019,10 €
20. Porto	23.660,46 €	26.006,85 €
21. Telefon/internet	8.982,66 €	11.917,39 €
22. Kopier- und Faxkosten	15.696,19 €	16.972,28 €
23. Kosten Öffentlichkeitsarbeit	52.631,10 €	125.270,87 €
24. externe Projektarbeit ideell	284.203,92 €	314.667,06 €
25. CorA-Netzwerk	32.336,98 €	29.944,85 €
27. Bürobedarf	5.422,94 €	6.229,51 €
28. Bücher und Zeitschriften	1.938,17 €	2.342,33 €
29. Rechtsberatung, Jahresabschluss- und Buchhaltungskosten	14.514,36 €	20.230,04 €
30. Sonstiges	17.706,91 €	18.153,92 €
<u>Zweckbetrieb und WGB:</u>		
31. Zweckbetrieb (Gehalts- und Sachkosten)	136.950,63 €	193.391,83 €
32. WGB (Gehalts- und Sachkosten)	533.815,87 €	328.268,25 €
33. Externe Projektarbeit WGB	526.859,57 €	94.712,73 €
	3.262.978,71 €	3.124.475,74 €
C. Laufendes Ergebnis	59.086,76 €	- 112.015,27 €
D. Einnahmen Vermögensverwaltung		
34. Zinseinnahmen	3.623,01 €	2.983,43 €
35. Miet- und Pächterträge	- €	103.212,41 €
E. Ausgaben Vermögensverwaltung		
36. Nebenkosten des Geldverkehrs	- 435,83 €	- 754,22 €
37. Anteilige Miete für Untermieter	- €	- 86.849,28 €
F. Ertragsneutrale Posten		
(nachrichtlich: hiervon 100.000,- € Kapitalausstattung Germanwatch-Stiftung)	- 778,94 €	- 104.171,14 €
G. Einnahmenüberschuss/ (-) Ausgabenüberschuss	61.495,00 €	- 197.594,07 €
Gesamtergebnis 2014		
ideeller Bereich	<u>Einnahmen</u> 2.377.043,96 €	<u>Ausgaben</u> 2.508.102,93 €
Ertragssteuerneutrale Posten	- €	104.171,14 €
Vermögensverwaltung	106.195,84 €	87.603,50 €
Zweckbetrieb	195.159,05 €	193.391,83 €
WGB	440.257,46 €	422.980,98 €
Summe	3.118.656,31 €	3.316.250,38 €

Tab. E.2a. Zuschüsse im ideellen Bereich im Jahr 2014 im Vergleich zu 2013

Verbandszuschüsse	<u>2013</u>	<u>2014</u>
Stiftung Mercator	247.302,36 €	284.845,59 €
European Climate Foundation	257.385,02 €	203.581,70 €
Brot für die Welt - Evangelischer Entwicklungsdienst	61.821,38 €	167.619,47 €
Renewables Grid Initiative	0,00 €	60.000,00 €
Misereor	49.043,42 €	51.934,37 €
Eine-Welt-Netz NRW	0,00 €	42.000,00 €
World Resources Institute	0,00 €	13.432,84 €
Norddeutsche Stiftung für Umwelt und Entwicklung	0,00 €	12.524,46 €
Landschaftsverband Rheinland	3.170,00 €	7.608,00 €
Alexander von Humboldt Stiftung	0,00 €	6.000,00 €
Bingo - Die Umweltlotterie	0,00 €	5.712,00 €
Hans-Böckler-Stiftung	0,00 €	5.070,00 €
Sonstige	45.024,62 €	31.829,07 €
Smart Energy for Europe Platform (SEFEP)	148.130,49 €	0,00 €
	<u>811.877,29 €</u>	<u>892.157,50 €</u>

Davon wurden in 2014 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 172.782,94 Euro einkommensneutral behandelt.

Zuschüsse von Behörden	<u>2013</u>	<u>2014</u>
Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ)	396.255,40 €	439.195,79 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)	248.503,33 €	371.033,60 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit über Umweltbundesamt (UBA)	212.588,67 €	195.419,84 €
Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF)	44.731,71 €	90.576,40 €
Europäische Kommission (über Renewables Grid Initiative)	21.881,85 €	40.198,40 €
Land Berlin (über LEZ und SNSB)	14.288,51 €	25.533,63 €
Europäische Kommission (über Uni Genua)	3.251,43 €	24.241,37 €
Stadt Bonn	0,00 €	1.249,95 €
Europäische Kommission (über SOMO)	49.143,04 €	0,00 €
Europäische Kommission (über Climate Action Network Europe)	21.514,16 €	0,00 €
Ministerium für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft Baden-Württemberg	8.640,00 €	0,00 €
Deutsche Gesellschaft für Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	4.000,00 €	0,00 €
	<u>1.024.798,10 €</u>	<u>1.187.448,98 €</u>

Davon wurden in 2014 passive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 45.326,58 Euro einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2b. Projektbezogene Einnahmen im Zweckbetrieb im Jahr 2014 im Vergleich zu 2013

	<u>2013</u>	<u>2014</u>
Energieagentur NRW	18.923,68 €	63.408,84 €
Lightcycle	72.569,00 €	43.050,00 €
Sächs. Staatsministerium für Umwelt und Landwirtschaft	18.690,00 €	26.000,00 €
Land Rheinland-Pfalz, Forstverwaltung	15.341,45 €	17.368,72 €
Global Climate Forum	0,00 €	9.500,00 €
Heinrich-Böll-Stiftung	0,00 €	7.000,00 €
Stadt München, Pädagogisches Umweltzentrum	5.233,64 €	0,00 €
Overseas Development Institute	2.168,64 €	0,00 €
Einnahmen aus Schulveranstaltungen	20.355,00 €	22.125,00 €
Sonstige Einnahmen	4.014,31 €	6.706,49 €
	<u>157.295,72 €</u>	<u>195.159,05 €</u>

Davon wurden in 2014 aktive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 16.547,56 Euro einkommensneutral behandelt.

Tab. E.2c. Projektbezogene Einnahmen im steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb im Jahr 2014 im Vergleich zu 2013

	<u>2013</u>	<u>2014</u>
Climate and Development Knowledge Network (CDKN)	794.994,26 €	225.666,27 €
Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB)	203.096,89 €	141.850,94 €
Potsdam-Institut für Klimafolgenforschung (PIK)	21.080,00 €	49.277,90 €
Deutsche Gesellschaft f. Internationale Zusammenarbeit (GIZ)	500,00 €	5.500,00 €
Haus Wasserburg	0,00 €	3.060,08 €
Wuppertal Institut	0,00 €	2.500,00 €
Perspectives GmbH	18.795,12 €	0,00 €
Stiftung 2 Grad	6.596,67 €	0,00 €
Renewable Energy Policy Network for the 21st Century	5.500,00 €	0,00 €
AirClim	8.760,00 €	0,00 €
Die Mimosen	588,24 €	0,00 €
Sonstige Einnahmen	4.222,13 €	12.402,27 €
	<u>1.064.133,31 €</u>	<u>440.257,46 €</u>

Davon wurden in 2014 aktive Rechnungsabgrenzungen in Höhe von 10.108,01 Euro einkommensneutral behandelt.

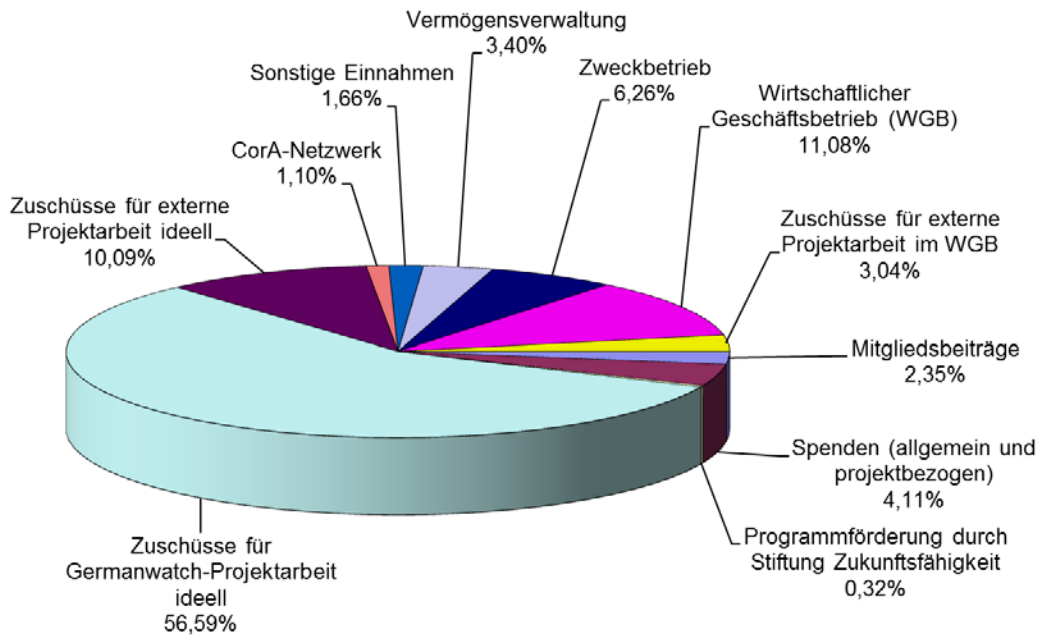


Abb. E.1: Einnahmen im Jahr 2014

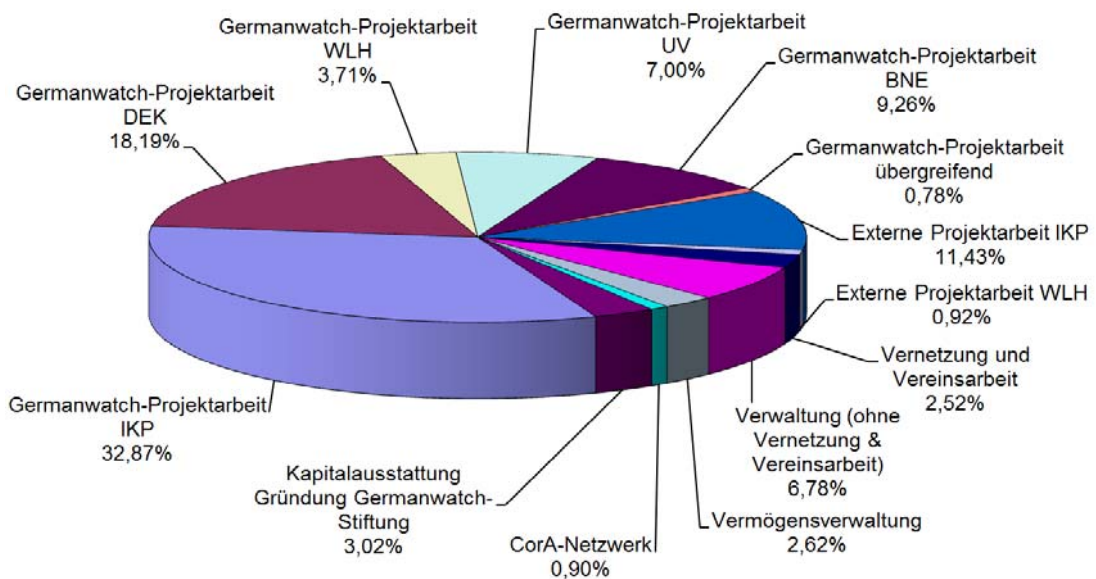


Abb. E.2: Verwendung der Einnahmen im Jahr 2014 – aufgeschlüsselt auf die Teams bzw. Arbeitsbereiche

Erläuterung: IKP = Internationale Klimapolitik, DEK = Deutsche und EU-Klimapolitik, WLH = Welternährung, Landnutzung und Handel, UV = Unternehmensverantwortung, BNE = Bildung für Nachhaltige Entwicklung. Das CorA-Netzwerk wurde separat ausgewiesen – Germanwatch leistet seit dem 23.12.2010 die Finanzverwaltung dieses Zusammenschlusses verschiedener Organisationen, die zum Bereich Unternehmensverantwortung arbeiten (darunter auch Germanwatch), und der keine eigene Rechtspersönlichkeit hat.

Ausgaben

Abb. E.2 zeigt die Ausgaben nach Tätigkeitsbereichen, wobei auch hier – wie bei den Einnahmen – die externe Projektarbeit separat ausgewiesen ist. Die Projektarbeit wurde nach unseren fünf politischen Fachteams gegliedert.

Der weitaus größte Bereich der Germanwatch-Projektarbeit entfällt auf Aktivitäten des Teams Internationale Klimapolitik (32,8% der Ausgaben zuzüglich 11,4% für externe Projektarbeit), gefolgt von den Teams Deutsche und EU-Klimapolitik (18,1%) und Bildung für Nachhaltige Entwicklung (9,2%).

Betrachtet man die Ausgaben nach Aufwandskategorien (Tab. E.1), so zeigt sich, dass den größten Anteil weiterhin die Personalkosten (Gehälter sowie dazugehörige Sozialabgaben) ausmachen. Dieser auf den ersten Blick hohe Anteil erklärt sich durch die Arbeitsweise von Germanwatch, die sich auf folgende Bereiche konzentriert: 1. Am Gemeinwohl orientierte Lobbyarbeit, 2. Think-Tank- und Research-Arbeit, 3. Bewusstseinsbildung und (breitere) Öffentlichkeitsarbeit, 4. Kampagnen, Aktionen und Aufforderung zum Handeln sowie 5. Bildungsarbeit im engeren Sinne. In der notwendigen fachlichen Tiefe und Kontinuität kann diese Arbeit nur mit einem hohen Anteil an eigenem Personal gewährleistet werden. Zusätzlich arbeiten wir allerdings – je nach Thema – mit vielen Partnern intensiv zusammen (siehe Abschnitt „Vernetzungen“). Honorarkräfte kommen nur in begrenztem Umfang zum Einsatz und unterstützen uns dann überwiegend bei der Erstellung von Studien sowie im Bereich Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit inklusive Redaktion und Layout. Bei unserer Arbeit, die den verletzlichsten und von negativen Auswirkungen der Globalisierung besonders betroffenen Menschen vor allem in den Entwicklungsländern zu Gute kommen soll, konzentrieren wir uns auf die Politik und Wirtschaft des „Globalen Nordens“ mit ihren weltweiten Auswirkungen. Dies führt im Ergebnis zu einer anderen Ausgabenstruktur als bei klassischen Organisationen der Entwicklungszusammenarbeit. Wir fördern in aller Regel keine „Entwicklungsprojekte“ mit von uns finanzierten Partnern im Projektland. Unser „Entwicklungsprojekt“ ist vor allem Deutschland. Durch diesen Unterschied weist unser Budget einen relativ hohen Anteil an eigenen Personalkosten auf. Gegenüber 2013 stieg er etwas an (vgl. Tab. E.1), was v.a. an umfangreicheren Projekten und damit höherem zeitlichen Personaleinsatz lag (mit entsprechender Finanzierung durch Geldgeber).

Jahresergebnis

Das Jahresergebnis 2014 weist einen Fehlbetrag in Höhe von 197.594 € auf und liegt damit seit Jahren erstmalig im negativen Bereich. In dieser Summe sind 100.000,- € für die Kapitalausstattung der in 2014 neu gegründeten Germanwatch-Stiftung enthalten – dort „arbeitet“ dieses Kapital jetzt für den Zweck der Förderung von Germanwatch und soll interessierte Personen motivieren, mit einer Zustiftung auf diesem Wege unsere Arbeit zu unterstützen (siehe hierzu auch Abschnitt D). Ein großer Teil des restlichen Fehlbetrags erklärt sich durch den Umzug des Berliner Büros in die Stresemannstraße, der aufgrund des Abrisses des alten, in Bundeseigentum befindlichen Bürogebäudes im Schiffbauerdamm zwingend nötig geworden war.

Durch die großen Anstrengungen für ein ausgeglichenes Ergebnis in den letzten Jahren war Germanwatch für die finanzielle Herausforderung in 2014 gewappnet, und der Verlust konnte mit dem teilweisen Rückgriff auf die Rücklagen aus vorherigen Jahren ausgeglichen werden. Auf der Grundlage der Entwicklung seit Anfang 2015 gehen wir davon aus, dass zum 31.12.2015 wieder ungefähr ein ausgeglichenes Ergebnis realisiert werden kann.

Grundlagen des Finanzberichts

Germanwatch nimmt als gemeinnütziger Verein für das jeweilige Kalenderjahr die Gewinnermittlung nach § 4 Abs. 3 des Einkommensteuergesetzes vor (sogenannte Gewinn- und Verlustrechnung). Die Grundlage für die Erstellung des gesamten Jahresabschlusses (inklusive Bilanz) bilden die *Besonderheiten zur Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen*, herausgegeben vom Institut der Wirtschaftsprüfer in Deutschland e.V. (IDW RS HFA 21). Das Jahresergebnis für 2014 wurde entsprechend der Entscheidung der Mitgliederversammlung vom 27.9.2014 von Herrn Dipl. Betriebswirt (FH) Michael Weckbecker, Steuerberater und Wirtschaftsprüfer aus Bonn, ermit-

telt. Zudem fand am 24.6.2015 eine Kassenprüfung durch die von der Mitgliederversammlung gewählten KassenprüferInnen Nicole Sasse und Jürgen Daamen statt, die zu keinen Beanstandungen führte.

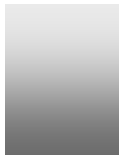



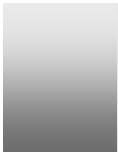
Laut Anlage 1 zum Bescheid über Körperschaftssteuer für 2013 vom 24.11.2014 erstreckt sich die Steuerpflicht von Germanwatch ausschließlich auf den steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetrieb. Im Übrigen ist der Verein nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 des Körperschaftsteuergesetzes von der Körperschaftssteuer und nach § 3 Nr. 6 des Gewerbesteuergesetzes von der Gewerbesteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. der Abgabenordnung dient.

Tab. E.3: Bilanz zum 31.12.2014 und Vergleich zum 31.12.2013

AKTIVA		2013	2014
A.	<u>Sachanlagevermögen</u>		
	1. Software	5.185,50 €	4.599,50 €
	2. Büroeinrichtung	2.337,50 €	3.042,00 €
	3. Computeranlagen	13.786,50 €	18.393,50 €
	4. Einbauten in fremde Grundstücke	20.992,00 €	28.757,00 €
	5. Sonstige Betriebsausstattung	21.393,50 €	17.919,00 €
	5. Geringwertige Wirtschaftsgüter	- €	- €
	6. GWG Sammelposten	3,00 €	3,00 €
		<hr/>	<hr/>
		63.698,00 €	72.714,00 €
B.	Finanzanlagen		
	1. Sonstige Ausleihungen	46.331,50 €	40.814,19 €
C.	<u>Umlaufvermögen</u>		
	1. Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	422.729,35 €	299.881,51 €
	2. Sonstige Vermögensgegenstände	74.136,11 €	53.368,82 €
	3. Flüssige Mittel	662.594,98 €	572.672,64 €
		<hr/>	<hr/>
		1.159.460,44 €	925.922,97 €
D.	Aktive Rechnungsabgrenzungsposten	4.760,00 €	1.468,00 €
	<u>Summe Besitzposten</u>	1.274.249,94 €	1.040.919,16 €
PASSIVA			
E.	<u>Vereinsvermögen</u>		
	a) Posten gem § 58 Nr. 7a AO	486.967,16 €	372.547,03 €
	b) Posten gem § 58 Nr. 6 AO	248.557,86 €	150.963,79 €
		<hr/>	<hr/>
		735.525,02 €	523.510,82 €
F.	<u>Rückstellungen</u>		
	Steuerrückstellungen	4.189,80 €	2.092,00 €
	Sonstige Rückstellungen	5.500,00 €	5.000,00 €
G.	<u>Verbindlichkeiten</u>		
	1. Darlehensverbindlichkeiten	6.712,26 €	6.712,26 €
	2. Verb. aus Lieferungen und Leistungen	183.134,67 €	217.282,39 €
	3. Sonstige Verbindlichkeiten	34.982,21 €	38.510,38 €
H.	<u>Passive Rechnungsabgrenzung</u>	304.205,98 €	247.811,31 €
	<u>Summe Schuldposten</u>	1.274.249,94 €	1.040.919,16 €
	<u>Vermögen des Vereins</u>		
	Abstimmung 2014:		
	Vermögen des Vereins 2013	735.525,02 €	
	Ergebnis Betriebsprüfung 2010 - 2012	- 14.420,13 €	
	Jahresfehlbetrag 2014	- 197.594,07 €	
	(nachrichtlich: hiervon 100.000,- € Kapitalausstattung Germanwatch-Stiftung)		
		<hr/>	
	Vermögen des Vereins 2014	523.510,82 €	

MitarbeiterInnen des Teams Finanzen & Verwaltung:

Leitung: Dr. Gerold Kier (Administrativer Geschäftsführer)

 Ljiljana Djuric Sekretariat und Projek- tassistenz Büro Berlin	 Lisa Meier Finanzreferentin	 Ulrike Koll Finanzreferentin
 Andrea Taubert Sekretariat und Projek- tassistenz Büro Bonn	 Heike Zbick Finanzreferentin	

Mit Unterstützung von Judit Mays sowie unseren Freiwilligen im Ökologischen Jahr (Emma Haberstock, Ingo Heinze, Angela Koch, Inga Melchior, Biko Thomas, Inga Wolff)

Germanwatch

„Hinsehen, Analysieren, Einmischen“ – unter diesem Motto engagiert sich Germanwatch für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen und konzentriert sich dabei auf die Politik und Wirtschaft des Nordens mit ihren weltweiten Auswirkungen. Die Lage der besonders benachteiligten Menschen im Süden bildet den Ausgangspunkt unseres Einsatzes für eine nachhaltige Entwicklung.

Unsere Arbeitsschwerpunkte sind Klimaschutz & Anpassung, Welternährung, Unternehmensverantwortung, Bildung für Nachhaltige Entwicklung sowie Finanzierung für Klima & Entwicklung/Ernährung. Zentrale Elemente unserer Arbeitsweise sind der gezielte Dialog mit Politik und Wirtschaft, wissenschaftsbasierte Analysen, Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit sowie Kampagnen.

Germanwatch finanziert sich aus Mitgliedsbeiträgen, Spenden und Zuschüssen der Stiftung Zukunftsfähigkeit sowie aus Projektmitteln öffentlicher und privater Zuschussgeber.

Möchten Sie die Arbeit von Germanwatch unterstützen? Wir sind hierfür auf Spenden und Beiträge von Mitgliedern und Förderern angewiesen. Spenden und Mitgliedsbeiträge sind steuerlich absetzbar.

Bankverbindung / Spendenkonto:

Bank für Sozialwirtschaft AG,
IBAN: DE33 1002 0500 0003 2123 00,
BIC/Swift: BFSWDE33BER

Weitere Informationen erhalten Sie unter **www.germanwatch.org** oder bei einem unserer beiden Büros:

Germanwatch – Büro Bonn

Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201, D-53113 Bonn
Telefon +49 (0)228 / 60492-0, Fax -19

Germanwatch – Büro Berlin

Stresemannstr. 72, D-10963 Berlin
Telefon +49 (0)30 / 2888 356-0, Fax -1

E-Mail: info@germanwatch.org

Internet: www.germanwatch.org



Hinsehen. Analysieren. Einmischen.
Für globale Gerechtigkeit und den Erhalt der Lebensgrundlagen.